

WOHNUNGSPROBLEME IN WESTDEUTSCHLAND S.4 | STAHLARBEITER-STREIKS S.8 | LAGE IM BERGBAU S.11

Arbeiterkampf

Jahr. 2 Nr. 15 Febr. 72
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
Betrieb 30Pf.
Laden 50Pf.

NOTSTAND ÜBER ENGLAND

Am 9. 2. 72 hat die Heath - Regierung den Notstand ausgerufen! Die britische Armee soll jetzt gegen die streikenden Bergarbeiter eingesetzt werden, um, wie es heißt, „die durch den Streik gefährdete Stromversorgung des Landes sicherzustellen". Schon 5 Wochen streiken die 280 000 Bergleute für höhere Löhne. Sie stehen mit durchschnittlich 160 DM Wochenlohn am untersten Ende der Lohnskala. Der Wochenlohn eines englischen Industrie - Arbeiters liegt dagegen bei 250 DM. Die staatliche Kohlenbehörde ist bisher über ein lächerliches 7,9 % - Angebot nicht hinausgegangen.

Die englischen Kapitalisten hofften zu Beginn des Streiks noch, sich ein paar Wochen lang mit der auf Halde liegenden Kohle versorgen zu können und damit nicht auf die Bergarbeiter angewiesen zu sein.

Die englischen Kapitalisten hofften zu Beginn des Streiks noch, sich ein paar Wochen lang mit der auf Halde liegenden Kohle versorgen zu können und damit nicht auf die Bergarbeiter angeweisen zu sein.

Die englischen Kumpel aber standen nicht allein. Docker, Eisenbahner und Transportarbeiter sorgten dafür, daß diese Rechnung der Kapitalisten nicht aufging:

Die Docker löschten keine Schiffe mehr, die aus dem Ausland „Ersatzkohle" brachten, die Eisenbahner und Transportarbeiter beachten mit den Bergleuten zusammen die Halden und ließen keine Lieferung an die Elektrizitätswerke und die Stahlindustrie raus.

Um einer sich schon andeutenden Niederlage zu entgehen, ließen die Kapitalisten durch ihre Regierung den Notstand ausrufen.


Bergarbeiter - Demonstration in England

Schon in den letzten Wochen ist es in vielen Orten Englands zu Straßenschlachten zwischen Polizei und streikenden Arbeitern gekommen, viele Streikposten wurden verhaftet, ein Bergmann wurde von einem mit Kohle beladenen Laster, der die Streikpostenkette durchbrach, überfahren und getötet.

Ab jetzt aber werden es die Kumpel mit schwer bewaffneten Soldaten zu tun haben. Die reaktionäre Heath - Regierung hat von den Kapitalisten den Auftrag, den Widerstand der Bergleute zu brechen und eine weitere Ausbreitung der Solidarität zu verhindern – auch wenn es Leben und Blut vieler Arbeiter kostet. Das hat die Kapitalisten noch nie zurückschrecken lassen!

Ehemals Weltmacht Nr. 1, haben die englischen Imperialisten in den letzten 100 Jahren ständig an Einfluß verloren. Nun wollen sie sich wieder hochrappeln und vor allem in der EWG „ein Wort mitreden".

Dazu müssen sie sich aber zuerst einmal „Ruhe an der Heimatfront" schaffen.

Dabei werden sie vor keiner Brutalität zurückschrecken, wie ihre letzten Verbrechen in Nordirland beweisen: Dort führen die englischen Imperialisten seit über Jahren einen blutigen Krieg gegen große Teile der Bevölkerung Nordirlands. Der Notstand wird in Nordirland bereits praktiziert.

Britische Truppen errichteten in Irland Konzentrationslager, verhaften, morden und foltern hunderte von Arbeitern und Bauern.

Anfangs versuchte die bürgerliche Presse in der ganzen kapitalistischen Welt diesen Krieg als Religionskrieg zwischen Katholiken und Portestanten darzustellen. Mittlerweile aber sind die wahren Zusammenhänge nicht mehr zu verheimlichen: Bernadette Devlin, die von der nordirischen Bevölkerung als ihre Abgeordnete ins Unterhaus geschickt wurde, sagte Anfang Februar im Fernsehen, worum es im Kampf gegen die englischen Imperialisten geht: **um eine freie unabhängige Arbeiterrepublik Irland!**

Ihren vorläufigen Höhepunkt fenden die Verbrechen der englischen Imperialisten am „Blutsonntag" von Londonderry Anfang Februar, an dem Fallschirmjäger mit Maschinenpistolen in einen Demonstrationszug von 20 000 unbewaffneten Menschen schossen und 13 davon umbrachten.

Nach der Proklamation des Notstandes kann es im Gebiet der streikenden englischen Bergarbeiter täglich zu Szenen wie in Nordirland kommen. Und auch bei uns in der BRD steht durch die Notstandsgesetzgebung den Kapitalisten diese Möglichkeit offen.

Die irischen Massen haben am eigenen Leib erfahren, daß die Kapitalisten nie freiwillig abtreten werden. Gefährlich ist es, sich hierüber Illusionen zu machen und auf einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus" zu hoffen. Das ist nur ein Märchen, das planmäßig von der Kapitalistenklassen und ihren Ideologen in die Welt gesetzt wird und die Massen immer wieder in blutige Niederlagen geführt hat.

Bernadette Devlin sagte nach dem „Blutsonntag" im Fernsehen:

„Sie werden weiter morden. Die Gewalt kommt von ihnen. Aber sie können nicht die ganze Bevölkerung umbringen. Und wir werden uns wehren und die Generation nach uns wird weiter kämpfen. Deshalb können sie nicht gewinnen!"

(siehe auch S. 11 „Lage im Bergbau")

Baader-Meinhof-Jagd

Mit der Mammut - Aktion vom 13. Januar erreichte die „Baader - Meinhof" - Jagd der Polizei einen neuen Höhepunkt. Was am Morgen als angebliche Suche nach gestohlenen Autos begonnen hatte, stellte sich im Laufe des Tages als bisher größte Fahndungsaktion seit Kriegsende in der Bundesrepublik heraus. Wieder einmal, und in noch weit größerem Ausmaß als bisher, wurden Straßensperren errichtet, schwerbewaffnete Polizisten kontrollierten Fahrzeugpapiere. Wie es hieß, suchte die Polizei nach Mitgliedern der sogenannten „Baader - Meinhof - Gruppe", die mit BMW's oder Alfa Romeo's unterwegs sein sollte. Am Nachmittag wurde die Aktion abgebrochen „ergebnislos", wie es hieß.

Die Jagd auf die „Baader - Meinhof - Gruppe" im großem Maßstab begann, nachdem vor einem Jahr Innenminister Genscher diese „Gruppe" zum Staatsfeind Nr. 1 erklärte und Kanzleramts - Minister Ehmke von den „gefährlichsten Gangstern" sprach, die es bei uns je gab. In Nordrheinwestfalen wurde damals erstmals die Absperrung von ganzen Autobahnabschnitten und die Kontrolle der Fahrzeuge durch bewaffnete Polizei in der Praxis erprobt. Diese Übung wurde noch schamhaft als „Suche nach Alkohol - Sündern" ausgegeben.

Am 15. Juli wurde aus der Übung blutiger Ernst. Die 20jährige Berlinerin Petra Schelm geriet in Hamburg - Altona in eine Polizei - Kontrolle, versuchte zu flüchten, wurde jedoch in der Reinicke - Straße von drei Polizisten gestellt und durch einen Schuß in den Kopf aus einer Maschinen - Pistole getötet. Nach Petra Schelm wurde gefahndet, da sie von der Polizei als Mitglied der „Baader - Meinhof - Gruppe" angesehen wurde; konkrete Beweise lagen jedoch nicht vor. Die Polizei behauptet auch, Petra Schelm sei „in Notwehr" erschossen worden, da sie bewaffnet gewesen sei.

Bewaffnet oder nicht – daß die Polizei nicht zögert, auch auf Unbewaffnete und Wehrlose zu schießen, ist spätestens seit der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorge am 2. Juni 1967 durch den Polizisten Kurras in Westberlin nicht mehr zu bezweifeln, Kurras wurde freigesprochen.


Bewaffnete Polizei - Kontrolle in Hamburg

Forts. S.2

Baader-Meinhof-Jagd

Forts. von S.1

Am 4. Dezember 71 wurde in Westberlin Georg von Rauch von einem Polizisten erschossen, während er wehrlos mit erhobenen Händen an einer Hauswand stand. Nach der Erschießung von Rauchs beeilte die Westberliner Polizei-Führung sich, auch ihn der „Baader-Meinhof-Gruppe" zuzurechnen – eine Behauptung, die noch haltloser ist als im Fall von Petra Schelm. Auch in diesem Fall ist mit dem Freispruch des uniformierten Todesschützen mit Sicherheit zu rechnen, denn eine Krähe hackt der anderen bekanntlich kein Auge aus.

Was ist die „Baader-Meinhof-Gruppe"? Zunächst einige junge und nicht mehr ganz so junge Leute, die sich nach der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader 1970 zusammenfanden, um den Kapitalismus zu bekämpfen. In maßloser Überschätzung ihrer eigenen Kräfte und in intellektueller Überheblichkeit gegenüber der Arbeiterklasse, sagte die Gruppe der Kapitalistenklasse einen „bewaffneten Kampf" an.

In Wahrheit wurden sie sehr rasch zu bloßen Statisten in dem Katz-und-Maus-Spiel, das die Kapitalistenklasse und der Staatsapparat mit ihnen treiben.

Von den angeblichen Mitgliedern der „Baader-Meinhof-Gruppe" wurden inzwischen verhaftet:

- **Ingrid Schubert, Irene Goergens und Horst Mahler am 8. Oktober 1970. Die beiden Mädchen wurden unter dem Vorwurf einer Beteiligung an der Befreiung Baaders zu 6 bzw. 4 Jahren verurteilt; Mahler wurde in dieser Sache freigesprochen, sitzt aber weiterhin in Untersuchungshaft.**
- **Brigitte Asdonk und Monika Berberich. Sie wurden zusammen mit den Vorgenannten festgenommen. Die beiden sitzen seither in Haft; ein Prozeß gegen sie fand bisher nicht statt.**
- **Karl-Heinz Ruhland am 20. Dezember 1970. Nach einjähriger Haft so „weichgemacht", daß er vor Gericht gestellt werden konnte und andere Personen (Beteiligte und Unbeteiligte) aufs schwerste belastet, um selbst ein „mildes Urteil" zu bekommen.**
- **Astrid Proll am 6. Mai 1971 in Hamburg. Ihr wird Teilnahme an der Baader-Befreiung vorgeworfen. Bisher kein Prozeß.**
- **Marianne Herzog am 2. Dezember in Köln. Ihr wird angebliche Mitgliedschaft in der „Baader-Meinhof-Gruppe vorgeworfen. Noch kein Prozeß.**

Die Zahl derjenigen, die ursprünglich von der Polizei der „Baader-Meinhof-Gruppe" zugerechnet wurden, ist auf ein halbes Dutzend Leute zusammengeschmolzen. Auch der reichlich großmäulige Brief von Andreas Baader, den er vor einigen Wochen an die Presse schickte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Gruppe sich auf einer verzweifelten Flucht befindet und zur Initiative im Sinne ihrer ursprünglichen Zielstellung nicht in der Lage ist.

Die Kapitalistenklasse jedoch kann auf das Phantom „Baader-Meinhof-Gruppe" nicht verzichten. Rechtfertigt doch dieses Phantom scheinbar die riesigen Einsätze der Polizei, die Durchführung von Bürgerkriegs-Manövern.

„Die Bevölkerung muß an den Anblick von mit Maschinenpistolen Bewaffneten genauso gewöhnt werden wie ans Steuerzahlen", erklärte Nordrheinwestfalens Innenminister Weyer. Hier, und nirgendwo sonst, liegt der eigentliche Zweck der aufgeblähten „Baader-Meinhof" Jagd. An der Erschießung Wehrloser, an Mammut-Jagden auf ein halbes Dutzend Leute, probt der kapitalistische Staat das Funktionieren seiner Machtinstrumente und demonstriert er der Arbeiterklasse seine Schlagkraft. Tausende von Polizisten gegen die „Baader-Meinhof-Gruppe" – das erscheint, als ob mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Das Unternehmen erhält seinen Sinn dadurch, daß hier der Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse vorbereitet wird.



Bewaffnete Polizei-Kontrolle in Hamburg

Das italienische Vorbild

In Italien soll in diesen Tagen der Valpreda-Prozeß beginnen. Am 12. Oktober 1969 explodierten in Mailand und Rom fast zur gleichen Zeit mehrere Bomben. Die in einer Mailänder Bank explodierende Bombe tötete zwölf Menschen. Unmittelbar nach den Explosionen wurden nach einer offensichtlich vorbereiteten Liste einige hundert Anarchisten festgenommen und stundenlang verhört. Außerdem wurde in den nächsten Tagen ein großangelegter Schlag gegen die gesamte revolutionäre Linke geführt: hunderte von Büros und Wohnungen wurden dabei durchsucht, zahlreiche Mitglieder linker Organisationen festgenommen.

Die mörderischen Bombenanschläge wurden vom ersten Moment an den Linken angelastet. Systematisch wurden die Kommunisten, „Maoisten", „Anarchisten" als Mörder dargestellt, die den Tod Unbeteiligter nicht nur einkalkulieren, sondern bewußt herbeiführen.

In den Mittelpunkt der Ermittlungen rückte in den nächsten Tagen eine Gruppe von Anarchisten unter dem Namen „22. März". Ein Mitglied dieser Gruppe, der Eisenbahner Pinelli, wurde nach stundenlangem ununterbrochenem Verhör von einem Polizisten kurzerhand aus dem 4. Stockwerk des Polizei-Gebäudes geworfen und starb. Sein Tod wurde als „Selbstmord" dargestellt. Untersuchungen ergaben, daß Pinelli vor seinem „Selbstmord" durch einen Handkantenschlag gegen den Hals schwer verletzt worden war.

Ein weiteres Mitglied der Gruppe, Valpreda, wird beschuldigt, die tödliche Bombe in einer Tasche in die Bank gebracht zu haben. Valpreda sitzt seit nunmehr zwei Jahren in Untersuchungshaft, ohne daß sein Prozeß begonnen hätte. Valpreda ist krank, und offenbar ist es die Hoffnung des Staatsapparates, daß er vor Eröffnung eines Prozesses sterben sollte.

Kapitalistenklasse und Staatsapparat sind sehr daran interessiert, es nicht zu einem öffentlichen Prozeß über die Bombenanschläge vom 12. Dezember 1969 kommen zu lassen. Sie haben allerhand zu verbergen.

Denn inzwischen liegen Beweise vor, daß die Bombenanschläge auf das Konto der Faschisten kommen. Diese Faschisten haben sich teilweise in bestehende Organisationen einzuschleichen versucht bzw. haben eigene pseudo-„revolutionäre" Gruppen aufgebaut.

Eine dieser Gruppen war „22. März". Initiator war ein gewisser Merlino, ehemals aktiv in faschistischen Gruppen wie „Avantguardia Nazionale", „Giovane Italia" und „Ordine Nuovo". Nach einer Griechenland-Reise 1968 versuchte Merlino, sich im linken Lager anzusiedeln und gründete schließlich zusammen mit einigen anderen Faschisten und einigen wirklichen Anarchisten die Gruppe „22. März".

Die italienischen Faschisten standen bei diesen Aktivitäten in engstem Kontakt mit dem griechischen Geheimdienst KYP und dem amerikanischen CIA. Ihre Strategie zielte darauf ab, durch Bombenanschläge, Überfälle etc. ein Klima zu schaffen, das für eine Regierung der extremen Rechten günstig sein würde.

Das alles geschah vor dem Hintergrund des „Heißen Herbst" 1969, als die Streik-Bewegung der Arbeiter in Italien einen Höhepunkt erreichte und zehntausende von Arbeitern für ihre sozialen und politischen Forderungen demonstrierten und ihre Betriebe besetzten.

Provokateure und Hetzer am Werk

Daß das italienische Beispiel in der Bundesrepublik Schule macht, zeigte die Aktion des Professors Rubin. Dieser ist Vorsitzender der faschistischen Organisationen „Freundeskreis der CSU" und „Aktion Oder-Neiße" (AKON).

Rubin hatte sich bereits einen Namen gemacht, u. a. durch spektakuläre Aktionen zugunsten des in Berlin-Spandau inhaftierten Kriegsverbrechers Rudolf Heß, ehemaliger „Stellvertreter des Führers".

Ende April 1971 war Professor Rubin plötzlich „spurlos verschwunden". Wenig später tauchte ein Brief auf, der angeblich von einer linken Gruppe stammte, die Rubin entführt hatte und an seiner Stelle die Freilassung von Horst Mahler und anderer Mitglieder der „Baader-Meinhof-Gruppe" forderte. Besonders die Springer-Presse war rasch zur Hand, die „Entführung" Rubins der „Baader-Meinhof-Gruppe" anzulasten und ein hysterisches Geschrei anzustimmen.

Unterdessen hielt sich der „entführte" Rubin quicklebendig bei einem politischen Freund, dem Bürgermeister von Moosbach, Paul Schöftelmaier (NPD), versteckt. Rubin hatte seine „Entführung" vorgetäuscht, um die zu gleicher Zeit stattfindenden Wahlen in Schleswig-Holstein zugunsten der CDU zu beeinflussen.

Die Springer-Presse, das ZDF und andere bemühen sich im Dienste der Kapitalisten nach Kräften, um aus der Mücke „Baader-Meinhof-Gruppe" den Elefanten „Staatsfeind Nr. 1" zu machen. Besonders der Springer-Presse kann es dabei gar nicht wild und blutig genug zugehen. So zitiert z. B. „Welt am Sonntag" vom 30. Januar dieses Jahres genüßlich den bayrischen Innenminister Merk (CSU) dem die „Baader-Meinhof-Jagd" immer noch allzu lasch erscheint und der zynisch behauptet, die Gruppe würde von der Polizei „bevorzugt behandelt". Geht den Hetzern mal der Stoff aus, weil die „Baader-Meinhof-Gruppe" allzulange nichts von sich hören läßt, so werden einfach angebliche Briefe, Entführungspläne usw. kurzerhand erfunden oder es findet sich ein Faschist wie Rubin, der sich selbst „entführt".

Und wozu das ganze Theater? Um immer lauter den Ruf nach „Ruhe und Ordnung" ertönen zu lassen. Um eine Atmosphäre zu schaffen, wo die Bevölkerung nicht nur an den Anblick von Maschinenpistolen gewöhnt ist, sondern auch daran, daß mit diesen Waffen geschossen wird und daß es dabei Tote gibt. Um die gesamte Linke zu Verbrechern zu stempeln, um deren Verfolgung, Verbot und Unterdrückung vorzubereiten.

Es ist typisch, daß über bewaffnete f a s c h i s t i s c h e Banden nur am Rande berichtet wird. So wurde z. B. im Februar 71 eine dieser faschistischen Banden namens „Nationaleuropäische Jugend" entdeckt, in deren Besitz u. a. 17 Gewehre, 10 Karabiner, 10 Pistolen und weitere Waffen sich befanden. In den Zeitungen gab es nur kleine Notizen, und die Faschisten kamen wie üblich ungeschoren davon.

Dafür wird ständig seitenweise in der reaktionären Presse „informiert" über angebliche Pläne der „Baader-Meinhof-Bande". Pläne, von denen man getrost annehmen kann, daß sie nichts weiter sind als Erfindungen der betreffenden Journalisten und ihrer Auftraggeber.

Die „Baader-Meinhof"-Hetze ist ein Teil des propagandistischen Hintergrunds für einen umfassenden Angriff der Kapitalistenklasse auf die demokratischen Rechte und die wirtschaftliche Lage des arbeitenden Volkes.

Als die Nazis 1933 einen Vorwand für das Verbot der Arbeiterorganisationen suchten, steckten sie den Reichstag an und beschuldigten die Kommunisten der Brandstiftung.

Heute geht es allerdings noch nicht um die unmittelbar bevorstehende Machtergreifung des Faschismus, um eine unmittelbar bevorstehende Unterdrückung aller Organisationen der Arbeiterklasse. Vielmehr bemüht sich die Kapitalistenklasse mit der Presse, dem Fernsehen, ihrer Polizei, ihren Gerichten usw., a l l m ä h l i c h das Klima für Unterdrückungsmaßnahmen vorzubereiten, durch Demonstration des staatlichen Machtapparates die Bevölkerung einzuschüchtern.

Aber schon wird im Berufsverbot für sozialistische Lehrer und in den massiven Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen sichtbar, wohin die Reise nach dem Willen der Kapitalisten gehen soll.

Unsere Antwort darauf heißt: **verstärkte Bemühungen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, entschiedener Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte und die Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Lage, Stärkung der kommunistischen Organisationen.**

Flensburg

Antifaschistische Aktion

Am 28. Januar haben SPD - Kanzler Brandt und die Ministerpräsidenten der Bundesländer Richtlinien für die „Säuberung" des Staatsapparats von demokratisch und sozialistisch gesinnten Beamten beschlossen. Damit ist eine neue Welle von Verfolgungen und Berufsverboten beispielsweise für fortschrittliche Lehrer eingeleitet worden. In Hamburg wurden gerade erst Ende Januar über 100 von 490 Referendaren nicht in den Schuldienst eingestellt, obwohl ein großer Lehrermangel herrscht und die Bewerber auch durchaus die fachliche Qualifikation für den Schuldienst besitzen. Sie sind den Behörden nicht „loyal" genug.

Der KB / Gruppe Flensburg bildete gemeinsam mit den Roten Zellen Schule und Pädagogische Hochschule aus Anlaß der Ministerpräsidentenkonferenz ein Aktionskomitee. In einem Offenen Brief rief das Aktionskomitee zu einer Diskussionsveranstaltung am 28. Januar und einer Protestdemonstration am 29. Januar auf und wandte sich gleichzeitig an alle sozialistischen und demokratischen Organisationen in Flensburg und im nördlichen Schleswig - Holstein, damit diese sich daran beteiligen. Die beschlossene „Säuberung" des Staatsapparats kündigt wie zahlreiche andere reaktionäre Maßnahmen in der letzten Zeit an, daß das Kapital sich auf eine brutalere Unterdrückung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen rüstet, daß es bereit ist, seine offen terroristische Herrschaft über die Arbeiterklasse zu errichten, wenn es seine Herrschaft nicht mehr aufrechterhalten kann. Die Arbeiter müssen hiergegen die antifaschistische Front aufbauen und alle übrigen Werktätigen in den Kampf gegen die vorbereitenden Maßnahmen des Faschismus einbeziehen. Die Errichtung antifaschistischer Aktionsbündnisse unter den demokratischen und kommunistischen Organisationen ist e i n Schritt in dieser Richtung. In Flensburg wurde durch den Offenen Brief erreicht, daß das Aktionskomitee sich auf 10 Organisationen erweiterte.



Allerdings bleiben immer noch einige Organisationen, die sich am antifaschistischen Kampf aktiv beteiligen sollten, solchen Aktionsbündnissen fern. DKP und SDAJ, die auch zu einer vorbereitenden Konferenz eingeladen wurden, tischten äußerst fadenscheinige Gründe auf, um sich vor einer Beteiligung drücken zu können. Ein leitendes Mitglied der DKP äußerte, der Kreisvorstand seiner Partei sei „aktionsunfähig", da dessen Mitglieder (PH - Studenten) in den Abschlußprüfungen stünden. Und ein leitendes Mitglied der SDAJ lehnte mit dem klugen Hinweis ab, dieser Kampf sei „Aufgabe der Gewerkschaften". Sicher, dies ist a u c h die Aufgabe der Gewerkschaften; aber wie weit müssen „sozialistische" Organisationen wie die SDAJ p o l i t i s c h h e r u n t e r g e w i r t s c h a f t e t sein, wenn sie den Kampf gegen die faschistische Gefahr auf die Gewerkschaften a b s c h i e b e n wollen?!

Die Gewerkschaftsführung zeigt doch auch immer mehr, daß sie nicht bereit ist, die Arbeiter gegen die Angriffe des Kapitals zu mobilisieren. In Flensburg hatte sich die Jugendgruppe der IG Druck und Papier zunächst am Aktionskomitee beteiligt. Sie wurde jedoch vom Ortsvorsitzenden Affeld unter massiven Drohungen wieder zum Austritt gezwungen. Affeld benutzte dazu den Vorwand, daß der Name der Gewerkschaft „nicht für parteipolitische Zwecke mißbraucht werden" dürfe, ein Vorwand, der den Arbeitern in keiner Weise dient. In einer Resolution der Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung am 28. Januar heißt es hierzu: „Indem der Ortsvorstand die DruPa - Jugend daran hindert, den konsequent antifaschistischen Kampf zu führen, zeigt er nur, daß die Linie der Führer der Sozialdemokratie die Arbeiterklasse spaltet und keinen Beitrag zur Verhinderung des Faschismus leisten will"

Dennoch beteiligten sich ca. 350 Menschen an der Protestdemonstration am 29. Januar. Auf der Schlußkundgebung betonte der Redner des Aktionskomitees noch einmal: „Die Kapitalistenklasse ist sich einig in ihrem gemeinsamen Interesse der Ausbeutung der Werktätigen; sie ist hochorganisiert und verfügt über alle staatlichen Machtmittel. Die Arbeiterklasse, alle anderen Werktätigen, die Studenten, die Schüler – wir alle haben in der Klasse der Monopolherren unseren gemeinsamen Gegner, der bis zur faschistischen Diktatur entschlossen ist. Und wir haben eine Waffe: die Solidarität! Wenn wir diese Waffe schmieden im Kampf gegen jeden Abbau der demokratischen Rechte, wenn wir geschlossen zusammenstehen, dann werden wir den Sieg davontragen – über kurz oder lang!"



Frankfurt

Kampf gegen Faschisten ist die Pflicht der Kommunisten

10 Organisationen Frankfurter Sozialisten und Kommunisten riefen für den 11. Januar zu einer Protestdemonstration auf. Die Demonstranten marschierten unter der Parole „Kampf gegen Faschisten ist die Pflicht der Kommunisten" (siehe Foto) zum jugoslawischen und griechischen Generalkonsulat. Sie protestierten gegen die Verhaftung von 2 Frankfurter Genossen durch jugoslawische Behörden kurz vor der griechischen Grenze. Die beiden Frankfurter Genossen transportierten Propaganda - Material und Sprengstoff für die antifaschistische griechische Widerstandsbewegung. Obgleich die jugoslawischen Partei - und Staatsführer behaupten, ihr Staat sei „sozialistisch", unterhalten sie mit den griechischen Faschisten herzliche Beziehungen und verhindern gleichzeitig aktiv Unterstützungsaktionen für die griechische Widerstandsbewegung, die einen antifaschistischen und bewaffneten Kampf führt.



In dem Aufruf - Flugblatt der Frankfurter Organisation heißt es u. a.: „Am 1. Januar wurden zwei Frankfurter Genossen – Herbert Nagel und Inga Buhmann – von den jugoslawischen Behörden festgenommen, als sie gerade die jugoslawisch - griechische Grenze passieren wollten. In ihrem Wagen wurden politische Materialien der griechischen Widerstandsorganisation „Bewegung des 20. Oktober" und Sprengstoff gefunden. Seitdem werden unsere Genossen von den Behörden Jugoslawiens festgehalten. Wie schon 1948, als die Regierung Tito während des griechischen Bürgerkriegs die Grenzen für griechische Flüchtlinge schloß, ist auch heute das angeblich „sozialistische" Jugoslawien nicht bereit, den Freiheitskampf der griechischen Sozialisten auch nur zu dulden. Statt dessen werden dringend benötigte Materialien beschlagnahmt und die Genossen, die den bewaffneten Kampf des antifaschistischen Widerstandes mutig unterstützten, festgehalten ... "

Die jugoslawischen Behörden, die um Aufrechterhaltung ihres „sozialistischen" Images bemüht sind, versuchten krampfhaft einen Zusammenhang zwischen den beiden verhafteten Genossen und rechts - kroatischen Kreisen im eigenen Land zu konstruieren. Allerdings vergeblich: die „Bewegung des 20. Oktober" gab eine offizielle Erklärung heraus und übernahm „die Verantwortung für die Entsendung von Sprengstoff der von den jugoslawischen Behörden an der Grenze zu Griechenland beschlagnahmt wurde." Weiter heißt es in der Erklärung der „Bewegung des 20. Oktober": „Jeder Versuch der jugoslawischen Behörden, die alleinige Verantwortung den deutschen Genossen anzuhängen und die Angelegenheit innenpolitisch zu verwerten, verurteilen wir als verwerfliche Machenschaft, die sich gegen den Kampf des griechischen Volkes richtet und der Irreführung der jugoslawischen Bevölkerung dient.

Unser Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes vom Joch der Monopole und des amerikanischen Imperialismus wird trotz der Schläge kapitalistischer und „sozialistischer" Regierungen fortgesetzt.

Es lebe die internationale Solidarität!

Es lebe der revolutionäre Kampf der unterdrückten Völker!

Die Regierenden Jugoslawiens, eines Landes also, das einst selbst einen bewaffneten Befreiungskampf gegen den Hitler - Faschismus führte, diffamieren heute den griechischen Widerstandskampf. In ihrem Parteiblatt „Borba" schreiben sie: „Im übrigen führt Revoluzzertum mit Höllenmaschinen zu gewöhnlichen Verbrechen an unschuldigen Menschen." – Als würde sich der Befreiungskampf griechischer Demokraten und Sozialisten gegen „unschuldige Menschen" richten, und nicht vielmehr gegen ein faschistisches System, das nur auf der brutalen Unterdrückung und Ausbeutung von „unschuldigen Menschen" beruht. Dieser Satz in der „Borba" hätte ebensogut aus der Feder eines Schreiberlings des Springer - Presse fließen können. Mit solchen „Argumenten" hat die herrschende Klasse schon immer die Unterdrückung der Volksmassen legitimiert und jeden Widerstand dagegen im Keim zu ersticken versucht. Gegen diese Demagogie setzten die Frankfurter Demonstranten ihre Parolen: Sofortige Freilassung von Inga und Herbert! – Es lebe der bewaffnete Widerstand des griechischen Volkes! – Es lebe der Sieg im Volkskrieg! – Es lebe die internationale Solidarität! ■

Arbeiterkampf
Herausgeber:
VERLAG ARBEITERKAMPF
c/o Jürgen Reents
2 HH 13, Hochallee 21

presserechtlich verantw.: K.Ehlers
Hamburg Auflage: 6 000

Verlagskonten:
Dresdner Bank Kto.-Nr. 451 8378
Postscheckkonto Hamburg 240595

Wohnungsprobleme in Westdeutschland

Hausbesetzung im Hamburger Karolinenviertel


Hamburger Karolinenviertel

Mitte Januar hat eine Sympathisanten - Gruppe des KB im Hamburger Karolinen - Viertel, die Stadtteil - Gruppe „Karolinen - Viertel - Zeitung", das leerstehende stadteigene Haus Glashüttenstraße 96 besetzt, um auf die katastrophalen Zustände hier wie auf dem Wohnungsmarkt allgemein aufmerksam zu machen und die dringendsten Maßnahmen selbst durchzuführen: Die Räume sollten provisorisch für den dringend benötigten und schon seit 14 Monaten von den Behörden der Bevölkerung versprochenen Kindergarten genutzt werden.

Das Hamburger Karolinenviertel ist ein dringend sanierungsbedürftiges Altbauviertel: Es gehört zu den elendsten Wohngegenden Hamburgs. Die Häuser sind verrottet, der Putz fällt herunter, die Mauern haben Risse und halten keine Tapete mehr. Nach offiziellen Angaben liegt der Rattenbefall im Viertel bei 28 %. Drei Viertel der Wohnungen haben kein Bad. Da in Hamburg rund 50 000 Wohnungen fehlen, sind die Menschen hier wie überall den erpresserischen Forderungen der Hausbesitzer ausgesetzt. 3 – 400 DM kostet hier das Wohnen! Allerdings – die Bewohner des Viertels sind zu 51 % Arbeiterfamilien und zu 35 % Rentner. Das erklärt, warum der Kapitalistenstaat die Häuser verrotten läßt, obwohl im Karolinen - Viertel über 700 Wohnungen der Stadt gehören. Das erklärt, warum es im ganzen Viertel keinen Kindergarten gibt.

Während viele Menschen hier in völlig unzumutbaren Keller-Löchern hausen, stehen im Karolinenviertel rund 50 Wohnungen leer. Einige davon sind von den Haus - Besitzern zerstört, unbewohnbar gemacht worden. Die Hausbesitzer haben die Fußböden herausreißen lassen, die Türschlösser herausgebrochen, Wasserleitungen zugeschweißt, Stromleitungen durchgekniffen. Bei den steigenden Boden - Preisen spekulieren die Haus-Besitzer darauf, eine Abbruchgenehmigung zu bekommen, um mit dem späteren Verkauf der Grundstücke ein großes Geschäft zu machen.

Glashüttenstrasse 96: Nicht abreissen, renovieren!

Die Stadt - Gruppe schreibt in der Januar - Ausgabe der Karolinen - Viertel - Zeitung zum geplanten Abriß des Hauses Glashüttenstraße 96: „Nicht abreißen, renovieren!" Stück für Stück wird das Karolinen - Viertel zerstört! Haus für Haus läßt die Stadt heute schon abreißen: Erst Turnerstraße 18 (heute ein Müllplatz), dann Glashüttenstraße 94 a (heute ein Müllplatz). Diese beiden Häuser waren wirklich ziemlich baufällig. Doch jetzt reißen sie auch schon noch bewohnbare Häuser ab! Im Februar will die Stadt das e r h a l t e n s w e r t e Haus Glashüttenstraße 96 zerstören!

Jahrzehntelang ist im Viertel nichts geschehen: keine Renovierungen, keine Neubauten, keine Einrichtung von Sozialeinrichtungen.

Jetzt wird die Stadt rege: Nachdem sie jahrelang Miete und Steuern kassiert hat und jetzt mal wieder größere Summen reinstecken müßte, vertreibt sie uns lieber jetzt schon nach und nach aus dem Viertel. Es wäre ja verständlich und wünschenswert, wenn die alten Buden und engen Hinterhäuser wegkommen. Aber daß gut erhaltene Vorderhäuser abgerissen werden, ist eine Unverschämtheit! Unser Viertel sieht dann aus wie ein krankes Gebiß: überall 'ne Lücke! Aber das ist nicht das Schlimmste. Sondern: Es werden Wohnungen abgerissen, die dringend gebraucht werden. Die Stadt weiß genau, daß im Karolinenviertel noch Menschen in dumpfen Kellerlöchern wohnen, daß in licht - und luftlosen Hinterhöfen Familien in engen Räumen hausen müssen.

Und jeder weiß, daß Kindergärten und Jugendräume bei uns fehlen. Versprochen wurde viel – die Bevölkerung wurde nichts als verschaukelt! Was macht die Stadt? Mit unserm Geld baut sie ein Congress - Centrum (für 160 Millionen!), teure Straßen, erschließt sie weitere Gebiete südlich der Elbe. Solche Investitionen, mit denen die Stadt der Industrie gefällig ist, nützen uns nichts, denn die Steuergelder, die durch die angelockte Industrie hereinkommen, fließen wieder in die Taschen derer, die sowieso schon viel zu viel haben!

Die Bevölkerung hat die „Freiheit", den Bossen noch mehr Profit zuzuschuften, ständig höhere Steuern und Preise zu zahlen und muß sich bei alledem noch mit Lärm und Gestank, mit zu kleinen Wohnungen bei zu hohen Mieten herumschlagen! ... Daß man das Karolinenviertel vor unseren Augen abreißen will, das lassen wir uns nicht gefallen! Zumindest solange nicht, bis über einen Sozialplan neue Wohnungen im Innenstadtgebiet, Umzugs - und Einrichtungsbeihilfen bereit gestellt werden. Und auch solange nicht, wie es im Karolinenviertel noch schlechtere Wohnungen gibt, solange Räume für Kinderaufbewahrung fehlen, solange Jugendliche auf der Straße rumgammeln müssen.

Das Haus Glashüttenstraße 96 bietet sich an für Kinder - und Jugendgruppen, für dringend notwendige Kinderaufbewahrung (solange wir keinen Kindergarten haben), für Vorschulerziehung und Schularbeitskreise. Eine Gruppe von Müttern z. B. will abwechselnd jede einmal die Woche ihre Kinder betreuen. Bis jetzt fanden sie keinen Raum. Hier ist Raum. Das Haus gehört der „Freien Stadt". Sie soll dieses Haus renovieren und zur Verfügung stellen! ...... "

Die Gruppe hatte das Haus besetzt, als ein an den Hamburger Senat und die zuständigen Behörden gerichteter Brief mit den Forderungen der Bevölkerung, der auch vom Rektor der örtlichen Volksschule und Elternratsvorsitzenden unterzeichnet war, unbeantwortet blieb. Ein paar Tage später folgte die Antwort:

Die Polizei rückte mit großem Aufgebot an, um das Haus für den Abbruch zu räumen. ■

In dieser Ausgabe berichten wir

- **über die Hausbesetzung im Hamburger Karolinenviertel durch eine Sympathisanten - Gruppe des KB**
- **über die demagogische Politik der CDU/CSU mit der Wohnungsnot der Menschen heute und untersuchen**
- **die tatsächlichen Ursachen dieser Wohnungsnot, für die die CDU / CSU in den ersten 20 Nachkriegsjahren die Grundlagen gelegt hat.**

In den nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPFS folgen:

- **Berichte über die Arbeit weiterer sozialistischer und kommunistischer Stadtteil - Gruppen Westdeutschlands**
- **Die Untersuchung des Wohnungsprogramms der SPD / FDP - Regierung**

CDU auf Dummenfang

Während in mehreren westdeutschen Städten sozialistische und kommunistische Gruppen in ihrer Stadtteilarbeit gegen die Wohnungsnot der arbeitenden Menschen kämpfen (wir werden in unseren nächsten Ausgaben über diese Arbeiten berichten), versuchen Organisationen von rechtsaußen mit der Wohnungsnot der Bevölkerung ihr faschistisches Süppchen zu kochen. Diese Leute versuchen im Auftrage der Kapitalisten der Bevölkerung einzureden, an der Wohnungsnot sei die momentane SPD - Regierung schuld.

- In München wurde von der CSU eine CSA - Arbeitnehmergruppe gegründet, die in einem 12 - Punkte - Programm mehr Sozialwohnungen, höheres Wohngeld, Renovierungszuschüsse usw. forderte!
- In Hamburg - Altona verteilte die CDU 14 000 Umfragebögen zur Wohnungssituation. Bei den ca. 2 000 Familien, die den Fragebogen beantwortet hatten, statteten CDU - Leute Hausbesuche ab und machten gegen den SPD - Senat Stimmung. Den CDU - Leuten gelang es dabei so gut, sich als Beschützer der Interessen der „kleinen Leute" aufzuspielen, daß sehr viele der Besuchten als Parteimitglieder gewonnen wurden!

Es war schon immer Sache der Faschisten, die berechtigte Kritik der Bevölkerung am kapitalistischen Kurs der SPD - Führung auf ihre Mühlen zu leiten. Dabei war es gerade die CDU / CSU, die als Regierungspartei die Grundlage für die heutige Wohnungsnot gelegt hat. Wir wollen im folgenden darauf eingehen, in einer weiteren Ausgabe werden wir dann die Wohnungspolitik der SPD untersuchen.

Erschreckende Bilanz der Wohnungslage

Die 1970 von Wohnungsbauminister Lauritzen vorgelegte Wohnungsstatistik zeigt die erschreckende Bilanz des westdeutschen Wohnungswesens:

- **800 000 Familien leben in Kellern, Baracken, Nissenhütten oder zur Untermiete. Fast die Hälfte davon in Großstadtslums.**
- **1 Million Wohnungen sind abbruchreif und völlig wohnunwürdig. 3,5 Millionen Wohnungen sind weiterhin überaltert.**
- **7 Millionen der 20 Millionen Wohnungen (also mehr als 1/3) haben weder Bad noch Dusche, 4 Millionen davon noch nicht einmal eine Toilette innerhalb der Wohnung.**

Dem ungeheuren Mangel an Wohnraum steht ein enormer Anstieg der Wohnungsmieten gegenüber, der alles bisher dagewesene in den Schatten stellt:

Erhöhten sich die durchschnittlichen Mieten in einem 4 - Personen - Arbeiterhaushalt zwischen 1950 und 1960 um 31 %, so waren es zwischen 1960 und 1970 88 Prozent. Die Mieten stiegen damit während der 60iger Jahre fast 3mal so schnell als im Jahrzehnt zuvor und erheblich schneller, als alle übrigen Lebenshaltungskosten und auch die Baupreise. Auch 1971 stiegen die Mieten mit 5,9 % überdurchschnittlich an.

Wesentlich mehr, als es in den öffentlichen Statistiken zum Ausdruck kommt, stiegen die Mieten in den industriellen Ballungsräumen. Der westdeutsche Mieterbund hat für den privaten Althausbesitz in Ballungszentren


Mietsteigerungen von 150 bis 200 % seit 1962 errechnet!

Besonders schwierig ist die Lage der Wohnungssuchenden.

Wegen des riesigen Wohnraummangels liegen die Preise auf dem freien Wohnungsmarkt noch erheblich über den Durchschnittspreisen: In den Großstädten muß heute für eine 3 - Zimmer - Neubau - Wohnung z. B. zwischen 350,– und 550,– DM Miete mindestens neben einem Baukostenzuschuß von mehreren Tausend gezahlt werden. Hinzu kommen die Wuchergeschäfte der Makler und Vermittler!

Die kapitalistische Wohnungssituation trifft die Lohnabhängigen und anderen einkommensschwa-

Forts. S.5

Forts. von S.4

chen Schichten ganz besonders hart. Dies zeigt ein Blick auf die Statistik mit den Städten, in denen noch nicht einmal jede 20. Familie eine eigene Wohnung hat: Neben Göttingen, Freiburg, Regensburg und Braunschweig z. B. findet man dort: Düsseldorf, Solingen, Wuppertal, Remscheid, Krefeld, München, Hamburg, Köln und Essen.

In der erstgenannten Gruppe sind sämtlichst Städte zu finden, in denen es eine größere Universität oder Hochschule gibt. Die Wohnungsnot trifft dort vor allem die Studierenden. Bei den hohen Mieten ist ein finanziell abgesichertes Studium zunehmend nur noch den Kindern der Reichen möglich.

Alle übrigen Städte mit hoher Wohnungsnot liegen in den industriellen Ballungsräumen. Betroffen sind die arbeitenden Menschen. Die Kosten für eine halbwegs ausgestattete Wohnung führen hier zu einer derartigen Belastung, daß sie von einer Arbeiterfamilie nur aufgebracht werden können, wenn in jedem Fall die Frau auch arbeitet. Kinderreiche Familien oder Rentner z. B. müssen dabei außen vor bleiben.

Der Arbeiterfamilie, die diese hohen Mieten nicht aufbringen kann, stellt sich nur die Alternative, entweder außerhalb der großen Industriegebiete auf dem Land, oder in kleineren Städten Wohnung und Arbeit zu suchen – dort sind allerdings die Löhne wesentlich niedriger – oder lange Anfahrtswege und -zeiten in Kauf zu nehmen.

Schon heute pendeln in ganz Westdeutschland täglich 7 Millionen von weit außerhalb zur Arbeit! In einer Sendung des NDR Ende vergangenen Jahres zur Lage dieser Arbeiter wurden folgende Zahlen genannt:

- ◆ Fast jeder 2. Lohnabhängige hat heute derart lange Anfahrtszeiten, daß er mehr als 12 Stunden täglich unterwegs ist!
- ◆ Von Hundert, die um 18 Uhr Feierabend haben, sind 30 erst nach 20 Uhr zu Haus!
- ◆ Die durchschnittliche Ermüdungsbelastung der Pendler heute entspricht der des Fabrikarbeiters von 1830, der gegenüber der Fabrik wohnte und 63 Stunden in der Woche arbeiten mußte!

Vor 10 Jahren pendelten täglich 100 000 Arbeiter z. B. nach Hamburg. Eine Zahl, die heute wesentlich höher liegt. Sie kommen aus Städten wie Lübeck, Neumünster, Schneverdingen, Soltau, Stade, Lüneburg und Uelzen. Entfernungen von 50 bis 60 km, in extremen Fällen bis zu 120 km, müssen täglich zwei Mal zurückgelegt werden. Neben der Unfallgefahr am Arbeitsplatz ist die enorme Unfallgefahr im Berufsverkehr getreten.

Völlig menschenunwürdig ist die Wohnungs„versorgung" der ausländischen Kollegen. Wenn sie nicht bereit sind, erpresserisch hohe Wuchermieten für die überalterten und vor dem Abbruch stehenden Häuser in den Slums der Großstädte zu zahlen, bringen die Kapitalisten sie als ihr „Arbeitsvieh" in Baracken und Lagern unter, die einen Vergleich nur mit KZ's oder Zuchthäusern zulassen.

1. Phase:
Wiederaufbau nach 45 im politischen Interresse der Kapitalisten

Nach 1945 herrschte in Deutschland aufgrund der kapitalistischen Vergangenheit und insbesondere der furchtbaren Zerstörungen durch den anglo-amerikanischen Bombenterror auf Wohngebiete, furchtbare Wohnungsnot. Von den 1 1/4 Millionen Wohnungen des Ruhrgebietes waren z. B. 40 % zerstört, so daß die anwachsende Bevölkerung sich auf die übrigen 60 %, die teilweise noch erheblich beschädigt waren, verteilen mußte. In ganz Deutschland waren ca. 20 % aller Wohnungen zerstört. Millionen Menschen hausten unter gesundheitszerstörenden Verhältnissen.

Mit so wohnenden Menschen kann man aber keinen modernen Betrieb, in dem die stärkste Arbeitsintensität herrscht, in Gang halten. Darum das starke Interesse der Kapitalisten am Wohnungsbau nach 1945. Die Zahl der neuerbauten Wohnungen stieg von 1949 rapide an: Es wurden jährlich im Schnitt 500 000 Wohnungen gebaut. Auch politische Motive spielten in der unsicheren Nachkriegszeit, in der sich der Kapitalismus erst wieder stabilisieren mußte, eine Rolle: „Ein Arbeiter, der in einer betriebseigenen Wohnung wohnt, wird bei der jetzigen Wohnungslage in Westdeutschland **kaum den Arbeitsplatz wechseln**; ja, er wird in vielen Fällen **davor zurückschrecken, zu streiken**, um nicht den Arbeitsplatz und die Wohnung zu verlieren. Andererseits macht sich der Wohnungsbau für die Betriebe bei der jetzigen Steuergesetzgebung gut bezahlt", schrieb das Deutsche Wirtschaftsinstitut 1953. (Nach dem § 7c des Steuergesetzes konnten die Gewinne der Konzerne einkommenssteuerfrei als „7c-Gelder" im Wohnungsbau angelegt werden.)

Großen Teilen des Kleinbürgertums und auch besser verdienenden Schichten der Arbeiterklasse wurde mit staatlicher und oft direkter Hilfe der Kapitalisten zu einem Stückchen Grund und Boden und einem Eigenheim verholfen, um sie als Bündnispartner der Kapitalisten zu gewinnen. Mit der Ideologie vom „breit gestreuten Eigentum" sollten die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die den Besitz an den Produktionsmitteln in der Hand weniger zusammenfassen, verschleiert werden. Mit dem Gespenst der „Bolschewisierung", die dem kleinen Mann sein sauer erspartes Eigenheim wegnehme, wurden diese Schichten zur Verteidigung des Privateigentums an Produktionsmitteln gegen die Sozialisierungsforderungen der Arbeiterklasse nach 1945 mobilisiert. Deutlich sprach dies der ehemalige CDU-Wohnungsbauminister Paul Lücke aus: „Unsere bedrohte Lage am Eisernen Vorhang erfordert mehr denn je persönliches Eigentum in den Händen breiter Kreise. Das Eigentum an Grund und Boden ist die sicherste und ursprünglichste Form des Eigentums überhaupt." Was von „breit gestreutem Eigentum" zu halten ist, wird daran deutlich, daß jene 1,7 % der Bevölkerung, die bereits 1960 rund 70 % des gesamten Produktivkapitals besaßen, schon 1966 ihren Anteil auf 74 % erhöht hatten (lt. Spiegel Nr. 6 / 72) und heute bei fast 80 % liegen!

2. Phase:
CDU–Gesetze leiten Ausplünderung der Bevölkerung ein

Mit der Stabilisierung der Herrschaft der Kapitalisten in den 50iger Jahren konnte die 2. Phase der kapitalistischen Wohnungspolitik eingeleitet werden. Der Übergang zur Ausplünderung der lohnabhängigen Massen durch die Haus- und Grundbesitzer, wie es in „normalen Zeiten" im Kapitalismus üblich ist, wurde durch die CDU / CSU vorbereitet und durchgezogen. Die CDU / CSU legte 1960 das:

- ◆ „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht" im Bundestag vor, das „die Wohnungswirtschaft in die Marktwirtschaft integrieren" sollte.

Dieses Gesetz räumte mit den Zugeständnisse auf, die die Herrschenden der Arbeiterklasse nach 1945 gemacht hatten: Obwohl in allen Teilen der BRD akute Wohnungsnot herrschte, wurde die Wohnungsbewirtschaftung abgeschafft. Während vorher übermäßiger Wohnraum reicherer Leute an Wohnungssuchende vermietet werden mußte, hatten die Millionäre jetzt ihre Villa wieder für sich allein zur Verfügung. Der seit 1945 bestehende Mietstopp wurde aufgehoben. Angeblich sollten „marktgerechte Mieten" die Unternehmer dazu anreizen, mehr Wohnungen zu bauen. Außerdem wurde das von der Arbeiterklasse in der Revolution 1918 erkämpfte Mieterschutzgesetz aufgehoben.

Am 1. November 63 wurde dieses Gesetz in den ersten 400 „weißen" Kreisen der BRD (Wei-

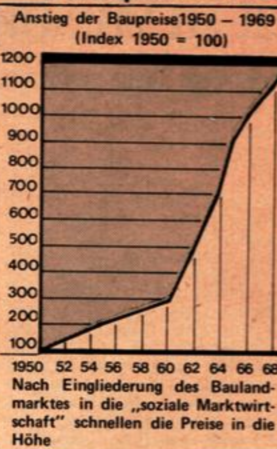


Damit die Grundstücke zu Spekulationsobjekten werden, lassen die Hausbesitzer Wohnraum mutwillig demolieren

ßer Kreis = offizieller Wohnungsmangel „nur" noch 3 %) gültig, am 1. August 64 in weiteren 65 Kreisen. Sprunghaft stiegen die Mieten an, dreimal so schnell, wie in den Jahren zuvor. Wer nicht zahlen konnte oder Einspruch erhob, wurde gekündigt und auf die Straße gesetzt. Gleichzeitig erlaubte das Gesetz in den noch verbliebenen „schwarzen" Kreisen mit Mietpreisbindung, einen Mietanstieg um durchschnittlich 25 %.

Überall verkündete die CDU / CSU, die Wohnungsnot sei nun bald mit diesem Paragraphenwerk überwunden. Schon 1962 sagte Lücke das unmittelbare Ende des Wohnungsmangels für das übernächste Jahr voraus. Über die tatsächlichen Zustände berichtete die damalige Hamburger SPD-Zeitung „Echo am Abend" am 14. 9. 65 unter der Überschrift „Lücke schickt Mieter ins Obdachlosenasyl": „Eine sehr bequeme Lösung schwieriger Wohnungsfragen hat sich Bundeswohnungsbauminister Lücke ausgedacht. Bekommt der Erfinder der „weißen Kreise" Protestbriefe gekündigter Mieter, so schreibt er ihnen: Seht zu, wie ihr klar kommt. Notfalls sorgt die Obdachlosenfürsorge für euch! Mit dieser empörenden Antwort schiebt der Minister die Opfer seiner Wohnungspolitik zugleich aus seinem Zuständigkeitsbereich ab ... "

Bodenspekulation verschafft Reichen Milliarden



Nach Eingliederung des Baulandmarktes in die „soziale Marktwirtschaft" schnellen die Preise in die Höhe

Der ‚Eingliederung' des Wohnungsmarktes in die „soziale Marktwirtschaft" folgte 1 Jahr später die ‚Eingliederung' des Baulandmarktes in die „soziale Marktwirtschaft".

Unter dem Vorwand, Bauland „mobilisieren" zu wollen, hatte die CDU bereits 1955 gefordert, daß „dazu der alte Zopf des Preisstopps fallen muß". 1961 wurde dies mit dem neuen Bundesbaugesetz erreicht. Lücke auf dem Hamburger Landesparteitag der CDU 1959: Das Gesetz solle „die Bodenspekulation reizvoller, weil kostspieliger" machen. Reizvoll auch vor allem für Lücke selbst, der nach seiner Ministertätigkeit Geschäftsführer der DEWOG-Treuhand Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. Köln wurde, die sich im Grundstücksgeschäft betätigte.

Nach der „Grundsteinlegung" für die Bodenspekulation stiegen die Bodenpreise ins Unermeßliche. Gefördert vom Steuerrecht, das die Besteuerung von Boden nicht nach dem geltenden Preis, sondern nach sogenannten „Einheitswerten" von 1935 vornimmt, stürzte sich das Finanzkapital auf Grund und Boden als wunderbare Kapitalanlage. Bei der großen Nachfrage, zumal Grund und Boden sich nicht beliebig vermehren läßt, brauchten die Spekulationsgangster nur eine Zeitlang mit dem Wiederverkauf zu warten, bis der Preis genügend in die Höhe getrieben war, und konnten dann den Rahm abschöpfen. Nach Berechnungen einiger Wirtschaftsinstitute flossen den Grundeigentümern allein in den ersten 10 Jahren nach der Bodenpreisfreigabe rund 70 Mrd. DM an spekualtiven Gewinnen in die Tasche.

Wie das private Großgrundeigentum von der Bodenspekulation profitiert, zeigten folgende beiden Beispiele:

- ◆ Im Jahre 1964 verkaufte der Hamburger Senat an die Unternehmensgruppe Schliemann ein 2 800 qm großes Grundstück zum Preis von 350 DM je qm. Schliemann wartete 2 Jahre ab (danach sind Spekulationsgewinne steuerfrei) und verkaufte dann an die Condor Versicherungsgruppe des Oetker-Konzerns zum Preis von 650 DM je qm. Gewinn: 840 000 DM 3 Jahre darauf stieß Oetker das Grundstück an die Hamburger Baulandfinanz für 1 350 DM je qm ab. Gewinn: 1,96 Mio. DM
- ◆ Multimilliardär August v. Finck, einer der reichsten Männer der BRD, besitzt in München und Umgebung ca. 2 000 Hektar potentielles Bauland im Wert von ca. 2,5 Mrd. Mark. Durch den spekulativen Anstieg der Baulandpreise vermehrt sich allein Fincks Grundbesitz täglich um mehr als 1 Mio. DM, was dem Lohn von mehr als 20 000 Arbeitern entspricht!

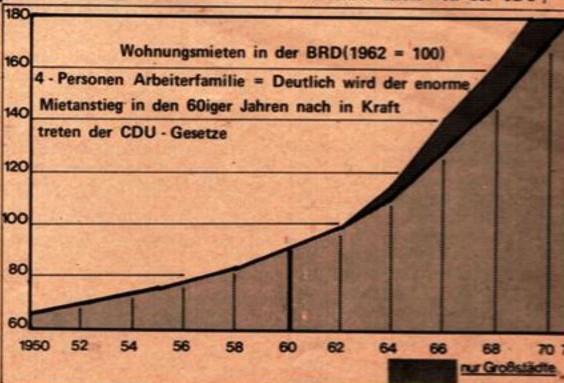
Je mehr sich die Preise für Grund und Boden in die Höhe treiben ließen, desto höher stiegen in der Folge die Baupreise.

Während der Anteil der reinen Nebenkosten einer Wohnung, in dem die Grundstückskosten enthalten sind, bei einer neuen Wohnung 1955 noch bei einem Fünftel liegt und die Wohnung 17 500 DM im Schnitt kostet, versechsfachen sich die Grundstückspreise bis 1969 und ergeben mit den inzwischen vervierfachten Baukosten 1969 für die gleiche Wohnung einen Preis von rund 65 000 DM! In den letzten Jahren sind die Wohnungspreise sogar mit 1970 16 % und 1971 10,5 % so sehr gestiegen, daß „der Traum vom eigenen Haus für viele Bürger ausgeträumt ist". (Welt v. 4.2.72)

Durch den Mietanstieg bei Neubauwohnungen konnten in der Folge auch die Althausbesitzer die Mieten hoch treiben.

Die von der arbeitenden Bevölkerung für die Wohnung aufgebrachten Summen fressen heute rund 10 – 15, oft sogar 30 % des Lohnes auf! Dieser Anteil lag früher einmal bei 5 % trotz der wesentlich geringeren Löhne. Nutznießer dieser von der CDU / CSU eingeleiteten „Neuordnung" des Wohnungswesens, seiner „Eingliederung in die soziale Marktwirtschaft", ist einzig das Großkapital:

2,2 % aller Grundeigentümer, d. h. nur 0,001 % der Bevölkerung, verfügen mit 7,9 Millionen Hektar über mehr als ein Drittel der gesamten Wirtschaftsfläche der BRD! Dies sind die gleichen Multimillionäre in deren Taschen außerdem über ihre Unternehmen, die Banken und Versicherungsgesellschaften, mehr als 4 Fünftel der gesamten Mieteinnahmen fließen. Denn nach einer Untersuchung kontrollieren sie 83 % des gesamten Miethausbesitzes. ■



Fabrikarbeit in Westdeutschland

Bericht einer Siemens-Arbeiterin

„Ich habe 8 1/2 Jahre bei Siemens am Mikroskop gearbeitet, in der Balanstraße Bau 11, Flur 4. Ich habe zwischen 450,– und 600,– DM verdient. Wenn ich Überstunden gemacht oder samstags gearbeitet habe, bekam ich nicht mehr heraus. Ich habe immer gut gearbeitet. – Nach 7 Jahren bekam ich mein zweites Kind. Die Geburt war kompliziert. Ich wurde operiert, aber die Wunde entzündete sich immer wieder. Nach 3 Monaten fange ich wieder an zu arbeiten.

Ich gehe an meinen Platz und warte auf Arbeit. Da sagt der Meister: ‚Hier ist keine Arbeit mehr für Sie. Sie müssen von Ihrem Platz weggehen!' Da kommt der Abteilungsleiter, Herr Schmidtberger: ‚Ich gebe Ihnen eine andere Arbeit, aber bleiben Sie in meiner Abteilung, weil Sie eine gute Arbeiterin sind.' Und er bringt mich zu einem anderen Platz, zu einem anderen Meister.

In 4 Monaten siebenmal versetzt

Da mache ich eine Woche Akkord. Die nächste Woche komme ich plötzlich wieder auf einen anderen Platz und mache da auch Akkord. Die 3. Woche werde ich wieder versetzt und arbeiter wieder System am Mikroskop. Aber nicht wie vorher, sondern viel pingeliger, mit winzigen Pinzetten und Feuer zum Aufweichen. Und das noch im Akkord. Meine Augen werden ganz rot und tränen. Ich gehe zum Meister und sage: ‚Bitte sagen Sie mir, wo jetzt mein fester Platz ist. Ich möchte nicht eine Woche hier, eine Woche da sein. Und an diesem Platz kann ich nicht arbeiten, weil meine Augen kaputtgehen.' Der Meister antwortet: „Ist mir doch wurscht. Ich habe nur diesen Platz für Sie.' Da habe ich natürlich geschimpft. Der Meister packt mich am Arm: ‚Was haben Sie gesagt? Gehen Sie sofort ins Büro!' – ‚Warum, was soll ich im Büro?' – ‚Komm, komm!' schreit er und reißt mich wild am Arm. ‚Nein!' rufe ich und bleibe sitzen. Dann kommt der Meister mit dem Herrn Schmidtberger zurück und fragt: ‚Was ist mit Ihnen?' ‚Ich möchte nicht mehr am Mikroskop arbeiten, weil ich schon 7 Jahre am Mikroskop gearbeitet habe und weil meine Augen schlecht sind. Und dieses Mikroskop ist noch viel schlimmer als das alte.' ‚Gut', sagt Herr Schmidtberger und bringt mich in den 3. Flur: Chemie. Da ist ein wahnsinniger Gestank und ich mußte mich gleich übergeben. Ich bitte Herrn Schmidtberger, an meinen alten Platz gehen zu dürfen, ‚Das ist mir egal. Da gibt es keinen Platz mehr für Sie'. ‚Aber früher war doch da Platz für mich und Sie haben mich immer gelobt, daß ich eine gute Arbeiterin bin.' ‚Jetzt hören Sie doch endlich auf. Ich habe keinen anderen Platz für Sie.' Da bin ich sofort zum Betriebsrat, Herrn Lineck, hin.

Ha, ein guuuter Betriebsrat: ‚Ja, wo brennt's denn, Elisabeth?' Er ist nämlich immer sehr galant ... ‚Ich möchte endlich wissen, was mit mir los ist. Ich werde ständig hin und her geschubst und an meinem jetzigen Platz kann ich unmöglich arbeiten.' Herr Lineck telefonierte Mit Herrn Schmidtberg: ‚Bitte geben Sie der Frau ... einen besseren Platz!' ‚Ja, Elisabeth, Sie kommen an einen anderen Platz. Wenden Sie sich nur vertrauensvoll an mich. Sie sehen, ich helfe Ihnen.' Ich komme zurück und tatsächlich an einen anderen Platz. Noch schlechter, wieder Chemie, aber diesmal mit Säure. Das greift sofort meine Augen an. Die schwellen zu und ich kann drei Stunden nichts sehen. Ich muß zum Arzt und verliere natürlich eine Stunde. Die Vorarbeiterin kann mich nicht leiden, weil Herr Schmidtberger ihr gegenüber schlecht über mich gesprochen hat. Zu der Zeit gab es wenig Arbeit. Soll ich während der Zeit stur auf meinem Platz hocken? Ich bin ein bißchen herumgelaufen oder auf die Toilette gegangen. Die Vorarbeiterin spionierte ständig hinter mir her, schaute auf die Uhr und schnauzte mich an, wenn ich 10 Minuten auf der Toilette war. ‚Das nächste Mal fragen Sie, wenn Sie auf die Toilette wollen!' Ich sage: ‚Wieso, das ist doch kein Gefängnis hier.' Nach zwei Wochen kommt Herr Schmidtberger: ‚Hauen Sie jetzt ab von dieser Abteilung! Wir brauchen Sie hier nicht.' ‚Wieso, was ist denn nun schon wieder los?' ‚Ja, Fräulein Amman hat gesagt, Sie arbeiten schlecht und gehen immer spazieren.' ‚Was, ich und immer spazierengehen? Es ist doch nicht meine Schuld, wenn manchmal keine Arbeit da ist.' ‚Und außerdem: Sie streiten immer mit einer Türkin.' – ‚Was ist los? Schauen Sie sich mal um! In der ganzen Abteilung weit und breit keine Türkin!' ‚Ist mir auch wurscht, hauen Sie endlich ab!' Ich renne sofort zum Betriebsrat. Da ist Frau ... und redet genauso um den heißen Brei wie Herr Lineck.

Nach 8 Jahren: Gastritis und kranke Augen

Ich werde krank und bekomme Gastritis. Ich war einfach übernervös und durcheinander durch das ständige hin und her. Nach zwei Wochen kommt der Meister: ‚Sie müssen jetzt Akkord machen!' Ich sage: ‚Wieso? In der ganzen Abteilung macht kein einziger Akkord.' ‚Entweder Sie machen Akkord oder Sie fliegen aus dieser Abteilung!' Gut, ich gehe weg und wieder zu Herrn Schmidtberger, in meine alte Abteilung. Da ist sehr harter Akkord, aber da kenne ich mich aus, da schaffe ich den Akkord. Wie soll ich denn je viele Prozente kriegen, wenn ich mich jede Woche in etwas Neues einarbeiten muß? Aber ich komme wieder an einen neuen Platz. Da werde ich wieder krank: Meine Operationswunde, meine kranken Augen, mein Magen – und dann die ganze Aufregung und Hetze. Ich muß zu Hause bleiben, nicht weil ich da faulenzen will. Ich habe einen Mann, zwei Kinder, muß kochen, putzen. Ich muß zu Hause bleiben, nicht weil ich mich vergnügen und durch die Straße flanieren will. Ich muß zu Hause bleiben, weil ich **krank** bin!

Am Ende die Kündigung

Eines Tages kommt ein Brief von Siemens: Kündigung. Ich gehe sofort zum Betriebsrat: ‚Herr Lineck, was ist los?' Er wühlt in seinen Papieren. ‚Ja, Sie hatten leider einen schlechten Prozentsatz beim Akkord.' ‚Ja, jetzt, weil ich immer wieder was Neues anfangen mußte. Aber früher hatte ich immer gute Prozente!



Das ist doch auch in den Papieren!' ‚Ach so, hmm. Aber Sie waren auch oft krank.' ‚Was war ich? 9 x krank, davon zwei Geburten! Wissen Sie, wielange ich schon bei Siemens bin!' ‚Hmm, fünf Jahre.' ‚Was? Ich denke, Sie haben meine Papiere? Ich bin genau 8 1/2 Jahre bei Siemens und dabei 9 x krank.' ‚Ach so, dann ist die Kündigung vielleicht doch nicht richtig.' ‚Was heißt hier nicht richtig? Sie haben doch selbst unterschrieben, Herr Lineck!' ‚Ja, aber vielleicht könnten wir sie trotzdem zurücknehmen.' ‚Nein, danke schön, ich möchte nicht mehr für Siemens arbeiten. Ich habe zwei Kinder und muß zu Hause bleiben. Aber eins möchte ich genau wissen. Kriege ich meine Jahresprämie oder nicht? Ich habe 8 Jahre gearbeitet, das müßten etwa 500,– DM sein.' (Das war nämlich so: Die Prämie kriegt man Ende März und gekündigt haben sie mir am 6. März. Das ist der ganze Trick) Lineck: ‚Ja, wenn Sie zu Hause bleiben, kriegen Sie die Prämie.' ‚Gut, kann ich sie gleich haben?' ‚Aäh, nein, da brauchen Sie erst die Unterlagen fürs Lohnbüro.' ‚Dann machen Sie sie halt fertig.' Ich gehe mit den Unterlagen zum Lohnbüro. Nichts. Ich wieder zu Herrn Lineck. ‚Kann ich jetzt das Geld haben oder nicht?' ‚Tja, mal sehen, ich weiß nicht so genau Bescheid ... Gehen Sie doch nochmals zum Lohnbüro.' Dort rückt der Lohnbüro-Chef mit der Sprache heraus: ‚Tut mir leid, aber Herr Schmidtberger meint, daß Sie es nicht verdient haben. Aber kommen Sie am 2. Mai wieder.' Am 2. Mai wieder nichts. Ich wieder zu Herrn Lineck. Er hat ein Riesentheater gespielt. ‚Tja, was sollen wir da machen? Die Unterlagen sind verlorengegangen ... ! Aber vielleicht finden wir sie noch. Wir schicken Ihnen dann das Geld per Postanweisung.' Jetzt haben wir Oktober. Das Geld ist natürlich bis heute nicht da.

Ich habe 8 1/2 Jahre bei Siemens gearbeitet und war 9 x krank, davon 2 Geburten.

Das ist kein Kündigungsgrund!

Weil ich keine Arbeit hatte, habe ich mir die Beine vertreten. Das ist mein gutes Recht.

Das ist kein Kündigungsgrund!

In unserer Abteilung war ein Spion, der ist immer ‚spazierengegangen'. Er hat oft gesagt: ‚Ich muß für eine Stunde zum Frankfurter Ring.' Wiedergekommen ist er meist nach vier Stunden. Der wurde nicht rausgeschmissen ... "

★ Befreiung

„Was wollt ihr eigentlich?" ... Dies ist eine häufig wiederkehrende Frage interessierter Kollegen an unsere Genossen. „Wir wollen den Sozialismus, die Befreiung der Arbeiter von Unterdrückung und Ausbeutung, wir wollen die Befreiung der Arbeit!" ... Aber was ist das eigentlich, fragen sich viele Kollegen. Werden wir Arbeiter nicht auch im Sozialismus unterdrückt? Gleichzeitig denken viele Kollegen an die Sowjetunion, an die DDR, an Polen usw., Länder also, in denen die Arbeiterklasse tatsächlich nicht bei allen Dingen und Angelegenheiten die Führung innehat, sondern von einer „neuen Bourgeoisie" unterdrückt wird. Für die Mehrzahl der Kollegen ist ein System, wie

Fabrikarbeit in China

Bericht eines italienischen Arbeiters

Dies ist der Bericht eines italienischen Genossen, Arbeiter bei den FIAT-Werken, den er in einer Versammlung von Werksarbeitern gegeben hat. Er und noch ein weiterer Arbeiter waren Mitglieder einer Delegation, die freien Zutritt zu verschiedenen chinesischen Fabriken hatte. Er zieht Vergleiche zwischen der Organisation der Fabrikarbeit in der Volksrepublik China und in den kapitalistischen Ländern.

„Vor der Kundgebung auf der Piazza San Carlo haben wir während einer Versammlung in der Fabrik über China diskutiert. Die Gewerkschafter haben von den bürgerlichen Zeitungen gesprochen und von Agnelli,* die uns ständig erzählen, daß Italien sich an der Spitze des Fortschritts befindet, daß bei uns hier die Arbeiter im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern besonders gut dran seien. Ich bin dazwischen getreten, um zu sagen, daß man nun genug von den kapitalistischen Ländern gesprochen habe, daß ich von einem sozialistischen Land reden wolle, das den Kommunismus aufbaue: China, wo ich das letzte Jahr war. Denn inzwischen haben die Arbeiter sehr gut verstanden, daß man sich in den kapitalistischen Ländern mehr oder weniger „besser fühlen" kann, daß aber hier die Macht bisher immer noch in den Händen der Unternehmer liegt.

In China, wo sich die Produktion in den Händen der Arbeiter befindet, verweigert niemand die Arbeit, weil sie verstanden, **politisch** verstanden haben, daß die Produktion die Kampffähigkeit steigert (so drücken es die chinesischen Genossen aus), um die Revolution weiter zu treiben. Sie reden da unten immer von der Fortsetzung der Revolution, und es ist sehr wichtig, daß sie niemals behaupten, daß ihre Revolution abgeschlossen sei, aber daß es zwei Linien gebe, eine linke und eine rechte. Nur in der Wüste gebe es eine Richtung, in jeder menschlichen Gesellschaft aber gebe es rechts und links. Und man müsse immer wachsam sein, um nach Diskussion und Analyse zu wissen, welcher Richtung man nun folgen wolle.

Wir waren also in dieser Versammlung bei FIAT. Man wollte, daß von einem sozialistischen Land gesprochen werden soll, und ich habe davon erzählt. Ich habe von den Fabriken berichtet, die von den Arbeitern geführt werden, wo die Arbeiter gemeinsam ihren Revolutionsausschuß wählen können, oder ihn auch, wenn sie wollen, in die Wüste schicken. In einer Nähmaschinenfabrik hatten sie innerhalb eines Jahres schon elfmal den Revolutionsausschuß gewechselt. Denn dieser Ausschuß ist kein Sessel, in dem man sich niederläßt: das ist ein Posten, wo man die Möglichkeit hat, das Schiff zu führen, aber wenn man es nicht gut führt, setzen sie einen anderen an die Stelle.

Wie sieht nun eine Fabrik in China aus? Wir im kapitalistischen System sind gewohnt, eine Direktion zu haben, Chefs und Unterchefs und diese ganze repressive Organisation, die die Arbeiter zur Arbeit zwingt. In

der Arbeit ★

das in der Sowjetunion, in der DDR, in Polen usw. wenig anstrebenswert. ... Anders allerdings als in diesen Staaten, die sich auf dem Weg kapitalistischer Restauration (Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse) befinden, ist die Lage der Arbeiter und der Volksmassen in sozialistischen Ländern, wie in der VR China.

Um dies beispielhaft zu verdeutlichen, drucken wir hier in Gegenüberstellung zwei Berichte ab; den einen von einer westdeutschen Siemens-Arbeiterin, den anderen von einem italienischen FIAT-Arbeiter, der Gelegenheit hatte, Fabriken und Betriebe in der VR China zu besuchen.

China ist die Sitaution anders, denn die Arbeiter sind sich bewußt, daß man arbeiten muß, damit das Volk besser lebt und die Revolution in China und den anderen Ländern fortgeführt werden kann. Dies vorausgesetzt, können wir sehen, wie eine chinesische Fabrik funktioniert.

Das erste, was einem auffällt, ist der Revolutionsausschuß. In den Betrieben gibt es im allgemeinen einen Revolutionsausschuß von 20 bis 25 Personen bei einer Beschäftigtenzahl von 4 000 bis 5 000 Arbeitern. Der Ausschuß besteht immer aus Arbeitern, aber auch Techniker und Soldaten können ihm angehören. Der Ausschuß bildet die Verwaltungsdirektion. Daneben existiert die technische Leitung, eine Dreier-Allianz, zusammengesetzt aus den politischen Kadern, den Technikern und den Massen.

Wenn ich in China zu der Überzeugung gekommen bin, daß die Maschine, an der ich arbeite, meinen Ansprüchen genügen soll – d. h., sie soll nicht lästig und quälend sein – versuche ich, das zu ändern und ich wende mich an die Vertreter der Dreier-Allianz. Diese gehen in die Werkstatt und man diskutiert, wie man die Maschine verändern kann. Man arbeitet so lange zusammen, bis man Erfolg hat. Der Revolutionsausschuß daneben ist dreigeteilt: Eine Gruppe führt die Untersuchung an der Basis, eine Gruppe macht die Verwaltungsarbeit und eine dritte arbeitet in der Produktion. Auf diese Weise ist immer nur ein Drittel dieses Ausschusses leitungsberechtigt, während die übrigen zwei Drittel andere Dinge tun. Später tauscht man die Rollen aus. – In anderen Betrieben hat man ein anderes System gefunden, denn nirgends ist es das gleiche. Z. B. arbeiten in manchen Betrieben die Mitglieder des Ausschusses jeweils abwechselnd zwei Tage in der Woche in der Produktion.

Wichtig dabei ist, daß die Leitenden immer an der Seite der Arbeitenden sind, damit sie sich der Widersprüche, der Anstrengungen und der Bedürfnisse der Arbeiter bewußt sind. Es kann also keiner n u r in der Betriebsführung sein.

Ich habe gefragt, was denn passiert, wenn jemand zu spät kommt. Bei uns gibt es Strafen und Entlassungen. Das gibt es in China natürlieh nicht: Man wird vor der Betriebsversammlung scharf kritisiert. Nicht der Chef oder Vorarbeiter bestraft einen, sondern alle Genossen erklären dir, daß du das nicht wieder tun darfst. Sie heften deinen Namen auf das „da-tse-bao",** das ganze Fabrikgelände ist damit bespickt. Von einer Maschine zur anderen zieht man Schnüre, an denen man Plakate befestigt, die die Lehren und Erkenntnisse der Arbeiter zusammenfassen. Häufig gehen Arbeiter in die Bibliothek, die jede Fabrik besitzt, suchen Bücher oder Dokumentationen heraus und einer liest dann laut während der Arbeit vor.

Arbeiter und Technik

Eine Sache, die mir wichtig erscheint, ist die Verbindung zwischen der manuellen und der intellektuellen Arbeit. Der Arbeiter in China schältet die Technik direkt ein, er gebraucht sie, um seine Arbeit zu verbessern. Dies ist die allerwichtigste Sache, die ich beobachtet habe und ich will versuchen, sie näher zu beschreiben. Und da die Chinesen starke philosophische Neigungen haben, möchte auch ich eine entsprechende Bemerkung machen.

Seit zwanzig Jahren arbeite ich in der Fabrik, und ich weiß sehr gut, daß, wenn einer jahrelang an der gleichen Maschine arbeitet, diese Maschine aufhört, anonym zu sein, sie erwirbt eine Persönlichkeit. Alle Arbeiter, die jahrelang an ein und derselben Maschine gearbeitet haben, geben ihr einen Eigennamen, denn sie ist ein Ding, was mit ihnen lebt. Sie sprechen mit ihr, sie diskutieren mit ihr und sie streicheln sie sogar. Aber nach all den Jahren fragt man sich: Was tu ich eigentlich mit der Maschine? Ich halte sie in Betrieb, und sie in Betrieb halten heißt, das System, so wie es ist, ohne weiteres zu akzeptieren; also, wenn ich die Maschine gebrauche, bleiben die Dinge, wie sie sind. Also muß ich sie zerstören, sie ablehnen, da die Fabrik nicht mir gehört und der Staat nicht mein Staat ist. Und wenn er untergeht, werde ich froh sein. So wie es ein Arbeiter in „Manifesto"*** geschrieben hat: „Wenn FIAT brennt, was verliere ich da schon?"

Drei Möglichkeiten stehen also dem Arbeiter offen: die Maschine zu gebrauchen, sie zu zerstören, sie zu verbessern. In China verbessert man sie. In China, der veränderten Gesellschaft, hat man begriffen, daß die Maschine dem Menschen entsprechen muß. Wenn man dort eine Fabrik besichtigt, nehmen sie einen an die Hand und führen – vorbei an den hochmodernen Maschinen, die man gekauft hat – zu der kleinen Maschine, die sie sich in ihrer Freizeit „gebastelt" haben oder zu der Maschine, an der sie zwei Schrauben und drei Muttern verbessert haben. In einer kapitalistischen Fabrik zeigen sie dem Besucher als erstes die „allerschönste" Maschine. Bei FIAT hat man eine regelrechte Straße für die Besichtigungsbusse der Besucher und Wegweiser, die angeben, wohin man sehen soll: ein schöngemachter Weg, wo alles gut aussieht, blendend die Arbeiter in weißen Kitteln. In China zeigen sie dir die kleine Maschine, die der Arbeiter in seiner freien Zeit selbst entwickelt hat und man führt sie als Beispiel an. Man sagt, daß dieser Arbeiter die Maschine nicht so, wie sie war, akzeptiert hat und daß er sie darum verändert, sie sich zu eigen gemacht hat.

Daß sie sagen, der Arbeiter habe den Ideen von Mao Tse-tung gemäß gehandelt, ist mir völlig gleichgültig. Ich finde, das wichtigste ist, daß die Arbeiter Vertrauen zu sich selbst bekommen haben, etwas, was bei uns noch lange nicht der Fall ist. Denn wenn man hier sagt, daß die Arbeiter die Fabrik übernehmen können, bezweifeln es viele. In China gibt es darüber keinen Zweifel mehr, das ist also die Idee von Mao Tse-tung, er hat sie davon überzeugt, daß gewisse Dinge möglich sind, weil jeder Mensch einen Geist hat und ihn gebrauchen kann.

Ein anderes Beispiel, die Lastwagenherstellung: auch in China werden sie auf Fließbändern wie bei uns hergestellt. Aber es gibt keine Vorarbeiter, und die Bänder werden durch die Arbeiter selbst in Gang gehalten. Entlang des ganzen Bandes sind Schaltknöpfe angebracht, um die Teile weiter zu befördern, und jeder bedient diese Knöpfe, wenn es nötig ist. Ich habe ein Band mit Transistorgeräten gesehen, wo ein Junge stand (ein Schüler, denn die Schulen gehen in China grundsätzlich in die Fabriken). Dieser Junge strengte sich sehr an, aber es war deutlich, daß er nicht sehr geschickt war, und ein ganzer Haufen von überfälligen Teilen hatte sich schon angesammelt. Aber keiner schien sich darüber zu ärgern. Wir haben gefragt: Was macht nun dieser Junge? Er ist nicht sehr geschickt, haben sie geantwortet, aber die anderen werden nicht zögern, ihm zu helfen. Die anderen, denn es gibt keinen Chef, der einen anschnauzt!



Wir haben das Problem derjenigen diskutiert, die schneller oder langsamer arbeiten als die anderen. Das ist eine subjektive Tatsache, haben sie geantwortet. Es gibt Personen, die schneller sind, und andere sind langsamer; bei uns stoppt der Schnellere seine Arbeit und wartet. An den chinesischen Fließbändern – ich sage Bänder, obwohl dieses Wort nicht ganz das richtige ist – hilft derjenige, der schneller ist, dem Langsameren. Das ist Kooperation.

Und dann: aus kapitalistischer Sicht gesehen, gibt es viel zu viel Arbeiter. Wir haben Fabriken besichtigt, wo an zehn Maschinen bis zu 30 Arbeiter stehen. Wir konnten dies überall beobachten. Ich und Mosca von Pirelli, die zwei Arbeiter der Delegation, wir haben jedesmal, wenn wir eine Fabrik betraten, uns angeschaut und gefragt: Und hier, wieviele würde man hier entlassen? Die Hälfte! Mit einem Blick schätzten wir so, wieviel Arbeiter unser Chef aus einer solchen Werkstatt entfernt hätte.

Dabei arbeiten sie unaufhörlich, ohne daß es dem einzelnen etwas direkt einbringt. Es gibt keine Leistungszuschläge: denn es gibt den Kampf des Volkes für die Produktion. Alle sind engagiert. Es ist keineswegs so, wie manche dachten: wenn es leistungsfähigere Maschinen gibt, werden nicht mehr so viele Arbeiter gebraucht und die anderen sind arbeitslos. Bei uns denkt man so. In China jedoch, dank der neuen Maschinen, kann ich weniger arbeiten. Auf jeden Fall aber bleibe ich acht Stunden in der Fabrik, weil ich in der Zeit, die mir übrig bleibt, Politik machen kann. Z. B. kann man zwei Brigaden aufstellen, die bei den Kommunen oder Schulen aushelfen. Denn das ist ein anderer wichtiger Aspekt: alle Arbeiter unterrichten in den Schulen, sie erzählen den Schülern, was Arbeiten bedeutet, wie man die Widersprüche ausräumt, sie lehren die Kinder, wie man seinen Geist nutzt. Die beste Sache in China ist, daß der Arbeiter an der Spitze steht – bei jeder Gelegenheit, bei kulturellen Veranstaltungen wie auch in der Politik. Bei uns dagegen hat man meistens den Eindruck, daß die Arbeiterklasse ganz hinten steht, während das ganze System sich an uns bereichert.

Produktionsplanung

Ein anderer wichtiger Aspekt ist die Art, wie man die Produktionsziele festsetzt. Der Arbeiter entscheidet darüber. Man diskutiert darüber in der Versammlung, man stellt Kalkulationen auf, ausgehend von dem vorhandenen Bestand, der Erfahrung des vergangenen Jahres und den technischen Neuerungen. Aber sie stellen ihre Berechnungen auf unter Berücksichtigung der Zeit, die sie für ihre politische Arbeit nötig haben. Das ist keine starre Planung wie in der Sowjetunion, mit einem Direktor, der von oben herab antreibt, um sich vor seinen Vorgesetzten wiederum ins rechte Licht zu setzen. In China entscheidet nicht die Spitze, sondern die Basis. Die Rolle des Revolutionsausschusses ist es, das politische Bewußtsein anzuregen, das die Leute dazu bringt, das zu machen, was notwendig ist. Aber auf keinen Fall übt der Ausschuß einen Zwang aus.

Interessant ist auch die allgemeine Kooperation. So gibt es z. B. Hausfreuen, die sagen, daß sie wie alle anderen auch ein Stück zur Produktion beitragen wollen. Auf Initiative dieser Leute würden kleine Straßenfabriken ins Leben gerufen, die ständig untereinander zusammenarbeiten und nach dem Weg suchen, wie man es macht. Von den großen Fabriken kommen Brigaden, um zu helfen und zu unterrichten. Ich habe einige dieser kleinen Fabriken gesehen: in einer hatte eine Gruppe von Frauen begonnen, Fernsehgeräte zu reparieren. Dann haben sie sich überlegt, selber welche herzustellen. Am Anfang waren es sieben Frauen. Dann zweihundert geworden. Diese Fabriken nennt man Straßenfabriken, weil sie in den Wohnvierteln entstanden sind und dort arbeiten. Von der Universität kommen Techniker, um zu helfen. Sie geben Kurse in Elektronik usw.

Bei dieser Einstellung zur Arbeit gibt es in China keine Fehlquote. Bei uns ist sie sehr hoch. Wenn ich ein FIAT-Werk betrete, frage ich mich, was wird hier eigentlich gemacht: Ich setze einen Stein auf den anderen, um eine Pyramide zu Ehren Agnellis zu bauen. Nein, dazu bin ich nicht geboren. Ich bin geboren, um meinen Geist zu gebrauchen, und etwas für mich wichtigeres zu machen." ■

Zur Erklärung:

* Agnelli =	Kapitalist der FIAT-Werke, Italiens größter Autokonzern (größer als VW)
** da-tse-bao =	sog. Wandzeitung in allen chinesischen gesellschaftlichen Bereichen
*** „Manifesto" =	Tageszeitung einer gleichnamigen italienischen kommunistischen Organisation
Pirelli =	zweitgrößter italienischer Autokonzern

KONTAKTADRESSEN DES KB

Bremerhaven: Arbeiterbuch Pol. Buchhandlung, 285 Bremerh., Bürger 198' tgl. 9.30-18.30h, Tel. 41 24 54

Eutin: H. Lankau, 242 Eutin-Grossmeinsdorf

Flensburg: M. Göhler, 239 Flensburg Postfach 459

Frankfurt: D. Müller, 6232 Bad Soden Postfach 1371, Tel. Ffm/558072, Di. 17.30 - 19h Fr. 17 - 20h

Hamburg: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 HH13, Grindelhof 45, Tel. 453801 tgl. 9-18.30h

Oldenburg: U. Bartling, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 10888 Mo. u. Mi. 17-18h.

Kinderei oder Parteiaufbau?

Vor einigen Wochen hat sich die sogenannte „KPD/ML" wieder einmal gespalten. Inzwischen gibt es mindestens ein halbes Dutzend Gruppen, die für sich den Namen „KPD/ML" beanspruchen.
Außerdem wurde vor einigen Monaten von Westberliner Studenten eine sogenannte „KPD" gegründet.
Alle diese Gruppen behaupten von sich, sie wären die „Partei der Arbeiterklasse".

Die erste „KPD/ML" wurde im Dezember 1968, vor nunmehr drei Jahren gegründet. Sammelpunkt dieser „KPD/ML" war eine Zeitung ROTER MORGEN, die seit Sommer 1967 erschien.

Diese Zeitung hätte ein wichtiges Instrument sein können, um mit seiner Hilfe eine politisch-theoretische Plattform der westdeutschen Kommunisten zu erarbeiten und sich auf dieser Plattform organisatorisch zusammenzuschließen. Das geschah aber leider nicht. Statt dessen wurde der ROTE MORGEN vom Herausgeber dazu benutzt, um möglichst viele Gruppen an sich zu binden und mit diesen möglichst schnell eine „Partei" zu gründen.
Damals wäre es nötig gewesen, die Politik der KPD zu untersuchen, um von deren Erfahrungen und Fehlern zu lernen. Nötig gewesen wäre eine Analyse des westdeutschen Imperialismus und eine gründliche Auseinandersetzung mit der Politik des modernen Revisionismus. So und nicht anders wäre es möglich gewesen, eine feste politisch-theoretische und organisatorische Einheit der Kommunisten zu schaffen.
Indem die „KPD/ML" unter völliger Mißachtung dieser Voraussetzungen gegründet wurde, war zugleich auch schon der Boden gelegt für das spätere Auseinanderfallen dieser „Partei" in einander bekämpfende Grüppchen.

Im Widerspruch zur tatsächlichen Bedeutungslosigkeit der „KPD/ML" stand von Anfang an die penetrante Selbstbeweihräucherung im ROTEN MORGEN. Schon in der Januar-Nummer 1969 des ROTEN MORGEN hieß es, die „KPD/ML" sei die „Avantgarde des Proletariats" und die „legitime Nachfolgerin der revolutionären Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns". Vor dem 1. Mai 1971 verteilte die „KPD/ML" in Hamburg Flugblätter, auf denen sie sich als „Deutschlands revolutionäre Vorhut" anpries. Die Arbeiter, die nicht zur Mai-Demonstration der „KPD/ML" kommen wollten, wurden in Flugblättern angepöbelt: „Arbeiter, warum kämpfst Du nicht?". Alle Arbeiter, „die nicht nach Kräften die Partei des Proletariats, die KPD/ML, unterstützen" — so hieß es in einem anderen Flugblatt — seien „Spalter".
Lautes Geschrei, Selbstbeweihräucherung und Beschimpfung der Arbeiter — das ist Ausdruck der Tatsache, daß es der „KPD/ML" niemals gelang, größere Teile der Arbeiterklasse von der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Politik zu überzeugen.

Die „KPD/ML" behauptete, einen „Führungsanspruch" gegenüber den Arbeitern und anderen kommunistischen Gruppen zu haben.
Wäre die „KPD/ML" eine Kommunistische Partei, so wäre es ihre Pflicht, die Arbeiter von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen. Dazu ist die „KPD/ML" nicht in der Lage. Sie verlangt statt dessen, daß die Arbeiter den „Führungsanspruch" der „KPD/ML" ungeprüft anerkennen sollen. Das beweist nur, daß die „KPD/ML" immer noch nicht begriffen hat, worin die führende Rolle der Kommunistischen Partei besteht.
Tatsächlich ist es die Aufgabe der Kommunisten, die Arbeiterklasse zu führen. Die Voraussetzung dafür ist, daß in der Kommunistischen Partei die bewußtesten und aktivsten Arbeiter zusammengeschlossen sind, die es verstehen, konsequent die Interessen ihrer Klasse zu vertreten und die das Vertrauen breiter Teile der Arbeiterklasse haben.

Ohne diese Voraussetzung jedoch gibt es weder einen „Führungsanspruch", noch überhaupt eine wirkliche Kommunistische Partei der Arbeiterklasse.

Die „KPD/ML", die sich lautstark als „Partei der Arbeiterklasse" anpreist, hat in Wahrheit kaum Arbeiter in ihren Reihen und hat keinen Einfluß in der Arbeiterklasse.
Auf Grund des Fehlens einer politisch-theoretischen Plattform und des kleinbürgerlichen Charakters ihrer Mitgliedschaft, verfiel die „KPD/ML" gleich nach ihrer Gründung in „links"-sektiererische Fehler.

Die wissenschaftliche Untersuchung der Bedingungen des Klassenkampfes wurde ersetzt durch wilde Phrasendrescherei. Die „KPD/ML" tönte in fast jedem Flugblatt und jeder Zeitung von „Revolution", „bewaffnetem Kampf" und „Diktatur des Proletariats", aber sie verstand es nicht, in ihrer Propaganda diese Begriffe mit Inhalt zu erfüllen und mit der konkreten Wirklichkeit in der Bundesrepublik zu verbinden.

Die „KPD/ML" verstand nicht die Unterschiede zwischen verschiedenen Erscheinungen, sondern warf alle politischen Parteien von DKP bis NPD, warf USA und Sowjetunion alles in einen großen Topf. Die „KPD/ML" verstand überhaupt nicht die in der Welt existierenden Widersprüche und die Ausnutzung dieser Widersprüche für den Kampf der Arbeiterklasse.

Das Kleinbürgertum ist die Quelle des „Links"sektierertums

Über das Kleinbürgertum schrieb Lenin 1920, daß es „leicht in extremen Revolutionarismus verfällt, aber nicht fähig ist, Ausdauer, Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit zu zeigen. Der durch die Schrecken des Kapitalismus ‚wild gewordene' Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständigkeit dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie, Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen ‚Mode'strömung wie ‚toll' fortreißen zu lassen — all das ist allgemein bekannt." (Lenin, Der ‚Linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus).
Diese Eigenschaften des Kleinbürgertums bestimmten auch Gründung, Aufbau und Politik der „KPD/ML". Die zahlreichen Spaltungen ließen bisher keine grundsätzliche Wende eintreten.
Jedoch scheint es nach der jüngsten Spaltung der „KPD/ML", die sich vor einigen Wochen ereignete, in einigen der „KPD/ML"-Gruppen Tendenzen zum Besseren zu geben. So schreibt z.B. der „Landesverband Südwest der KPD/ML", der sich vom ROTEN MORGEN getrennt hat, in einer Erklärung:

„Die ideologische Ursache (für die fehlerhafte bisherige Politik der KPD/ML) ist unser Hochmut und unsere Überheblichkeit. Wir glauben, daß wir nichts mehr lernen müssen und lassen uns richtig kritisieren. In der Praxis glauben wir, ohne theoretische Arbeit und praktische Untersuchungen eine richtige Linie entwickeln zu können. ... Die Selbstüberschätzung führt zu einer Unterschätzung der Arbeiterklasse ..."
Im Gegensatz dazu hält allerdings die Gruppierung um den ROTEN MORGEN an der bisherigen falschen Politik fest, unterstreicht sogar ausdrücklich ihren „Führungsanspruch" und erklärt sich selbst hochtrabend zu den „Besten der westdeutschen Arbeiterklasse". Über diese Selbstbeweihräucherung setzt der ROTE MORGEN ironischerweise das Wort „Selbstkritik".
Die im vorigen Jahr gegründete „KPD" hat die ärgsten Fehler der „KPD/ML" vermieden, aber dafür einige neue hinzugefügt.

Die „KPD" ist aus einer Umbenennung der Anfang 1970 in Westberlin gegründeten „KPD-Aufbauorganisation" (KPD/AO) hervorgegangen.
Die „KPD" verzichtet darauf, offen einen „Führungsanspruch" zu erheben und unterscheidet sich auch von der wilden Phrasendrescherei der „KPD/ML"s.
Jedoch behauptet auch die „KPD" von sich, sie hätte „vom Tage ihrer Gründung an ihre revolutionäre Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten des Volkes wahrgenommen".
Die „KPD" ist der Ansicht, daß der Aufbau der Kommunistischen Partei durch Studenten erfolgen muß, die eine politische Linie festlegen, um ihre Organisation dann in eine Arbeiterorganisation „umzuwandeln".
Diese Vorstellung vom Parteiaufbau führt zur politisch-theoretischen und organisaotrischen Vorherrschaft der Studenten und anderer kleinbürgerlicher Intellektueller. Dies wiederum hat eine „links"sektiererische Politik in einzelnen konkreten Fragen zur Folge. So z.B. in der Metalltarifrunde 1971, wo die „KPD" mit der von ihr aufgestellten 120-Mark-Forderung sozusagen einen eigenen Tarifkampf führte und sogar nach Abschluß des Tarifvertrages Mitte Dezember immer noch erklärte: „Unsere Forderung bleibt 120 Mark".
Durch eine auf den Augenblickerfolg eingestellte Aktions-Politik vermag die „KPD" zeitweise auch einige Arbeiter zu täuschen. Eine Politik jedoch, die nicht auf langfristig geplante Arbeit, sondern auf den Augenblickserfolg abzielt, ist letzten Endes zum Scheitern verurteilt.

Die schwerwiegendsten Fehler

Was sind die schwerwiegendsten Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden? Auf der einen Seite stand die Auffassung, daß man jederzeit, ohne Programm und losgelöst von der Arbeiterklasse, eine „Partei" gründen und die Arbeit aufnehmen kann. Dieser Fehler hatt das Auseinanderfallen der solchermaßen gegründeten Organisationen zur Folge. Als Reaktion auf diesen Fehler entstand eine Gegenströmung, diese wollte überhaupt auf jede praktische Arbeit verzichten und „erst einmal" in der Studierstube die „richtige Politik" festlegen. Hierbei wurde übersehen, daß eine richtige Politik nur in enger Verbindung mit der praktischen Arbeit entstehen und durchgesetzt werden kann.
Ein Fehler, der immer wieder gemacht wurde, war eine Überschätzung der Rolle der Studenten für die politisch-theoretische Arbeit und beim Partei-Aufbau. Als Gegenströmung hierzu entstand eine „arbeiter"-tümelnde Strömung, die das Niveau der kommunistischen Agitation und Propaganda auf den „Durchschnittsarbeiter" ausrichten wollte — also gerade die zentrale Aufgabe übersah, die bewußtesten und aktivsten Arbeiter für die kommunistische Organisation zu gewinnen.
Ein Fehler, der sich besonders schlimm auswirkte, war der totale Mangel an Ehrlichkeit und Bescheidenheit bei vielen der seit 1968 entstandenen Gruppen und Organisationen. Da war von „Führungsanspruch" die Rede und von „revolutionärer Avantgarde", da wurde die eigene Bedeutung und Stärke maßlos übertrieben, um den Arbeitern zu „imponieren".

Die Einheit der Kommunisten herstellen!

Bei unseren Überlegungen zur Schaffung einer Kommunistischen Partei gehen wir davon aus, daß gegenwärtig eine Reihe lokaler und über-lokaler Gruppen und Organisationen besteht. Zwischen diesen herrscht in wichtigen politisch-theoretischen und organisatorisch-praktischen Fragen noch keine Einheit.

Diese Einheit gilt es durch Auseinandersetzung einerseits und sich vertiefende Zusammenarbeit andererseits herzustellen.

Zum einen geht es also darum, durch die Auseinandersetzung in der kommunistischen Presse die allgemeinen Grundlagen und grundlegenden Aufgaben einer kommunistischen Strategie und Taktik für die BRD zu erarbeiten.

Auf der anderen Seite entsteht ein führender revolutionärer Kern nicht allein durch Diskussion und Vereinheitlichung politisch-theoretischer Fragen.

Die Entstehung eines solchen Kerns der sich formierenden Kommunistischen Partei setzt ebenso eine sich vertiefende und verbreiternde Zusammenarbeit in praktisch-organisatorischer Hinsicht zwischen den Kommunisten voraus.

Es kann sonst passieren, daß eine abstrakt geschaffene theoretische Einheit am ersten praktischen Problem wieder auseinanderbricht.

Ein Beispiel dafür ist der Versuch einer Zusammenarbeit verschiedener kommunistischer Organisationen aus Anlaß der Metall-Tarifrunde. Obwohl dabei eine formale theoretische Einheit in Form einer gemeinsamen Plattform erarbeitet worden war, bewährte sich diese scheinbare Einheit nicht in der praktischen Zusammenarbeit. Eine taktische Meinungsverschiedenheit über eine vergleichsweise geringfügige Frage wurde von einigen Genossen zum Anlaß für massive Angriffe gegen andere Organisationen benutzt.

Umgekehrt haben wir aber auch in der Zusammenarbeit der jetzt im KOMMUNISTISCHEN BUND vereinigten Hamburger Organisationen SALZ und KAB die Erfahrung gemacht, daß selbst weitgehende anfängliche politisch-theoretische Meinungsverschiedenheit in der praktischen Zusammenarbeit überwunden werden können, wenn die ehrliche und kameradschaftliche Bereitschaft zur Lösung dieser Meinungsverschiedenheiten vorhanden ist.

Was bedeutet die Gründung des Kommunistischen Bundes?

In Hamburg gründeten SALZ und KAB Ende 1971 nach einjähriger, zunehmend engerer Zusammenarbeit den KOMMUNISTISCHEN BUND. Sie bildeten eine gemeinsame Leitung, blieben aber zunächst als Organisationen mit unterschiedlicher Struktur bestehen.

In den KOMMUNISTISCHEN BUND wurden dann eine Reihe lokaler Gruppen einbezogen, vor allem in Norddeutschland, die schon länger mit dem SALZ Hamburg zusammengearbeitet hatten.

Für den KOMMUNISTISCHEN BUND existiert eine einheitliche Leitung, die sich vorläufig aus den Delegierten der angeschlossenen Gruppen und Organisationen zusammensetzt und die so bald wie möglich durch ein arbeitsfähiges Gremium ersetzt werden soll. Der KOMMUNISTISCHE BUND gibt zwei monatlich erscheinende Zeitungen heraus, nämlich den ARBEITERKAMPF und UNSER WEG.

Auf dem Wege zur Überwindung der gegenwärtigen organisatorischen Zersplitterung der Kommunisten stellt die Bildung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES immerhin einen Fortschritt dar. Allerdings ist hiermit nur ein sehr kleiner Schritt gemacht worden.

Der KOMMUNISTISCHE BUND ist bisher noch nicht einmal eine völlig einheitliche Organisation, sondern ein Block relativ selbständiger Organisationen und Gruppen. Der KOMMUNISTISCHE BUND umfaßt nur einen sehr kleinen Teil der kommunistischen Organisationen und ist fast ausschließlich auf Norddeutschland beschränkt.

Aus unserer Kritik an den verschiedenen „KPD/ML"s und „KPD"s geht klar hervor, daß wir jeden „Führungsanspruch" und damit das Hineintragen eines bürgerlichen Konkurrenz-Denkens in die kommunistische Bewegung für außerordentlich schädlich halten.

Der KOMMUNISTISCHE BUND erhebt selbstverständlich keinerlei „Führungsanspruch" gegenüber den anderen kommunistischen Gruppen und Organisationen. Mit diesen Genossen wollen wir uns auseinandersetzen — entweder um sie von der Richtigkeit unserer Auffassungen zu überzeugen, oder aber, um uns unsererseits von ihnen überzeugen zu lassen.

Zu diesem Zweck hat der KOMMUNISTISCHE BUND in „Unser Weg" die Darlegung seiner Vorstellungen zu zentralen Punkten einer kommunistischen Programmatik aufgenommen. ■



Stahlarbeiter-STREIKS

Mit Streiks und Demonstrationen bis in die späten Abendstunden am Freitag, dem 14. Januar beantworteten die Arbeiter der drei Dortmunder Hoesch-Hütten den in der Nacht zuvor zwischen der Gewerkschaftsführung und den Stahlbossen ausgehandelten Tarifabschluß.

Wie in den Septemberstreiks 69 ging es auf der Westfalenhütte los. Dort bildeten die Arbeiter mehrerer Abteilungen nach erregter Diskussion in der Frühe einen Demonstrationszug. Mit Pappschildern „Wir fordern 10%", „Nach wie vor: 10%", „Wir fordern Urabstimmung" und Sprechchören "Aber eins ist gewiß, daß 6% zu wenig ist, „6% sind für den Arsch, für 10% geht unser Marsch!" zogen sie über das Werksgelände. Als die Geschäftsleitung wie schon damals im September 69 die Telefonverbindungen zu den anderen beiden Hoesch-Hütten Phönix und Union sperrte, griffen die Kumpel zur Selbsthilfe und bildeten zwei Demonstrationszüge: Etwa 1 500 marschierten zur Phönix-Hütte in Hörde, etwa genausoviel zogen zur Union-Hütte in der Dortmunder Innenstadt.

Auch auf den anderen Hütten wurden Demonstrationszüge gebildet, die zuerst über das Werksgelände und dann durch die Dortmunder Innenstadt zogen. Die Mittagsschicht setzte die Streiks und Demonstrationen fort. Insgesamt streikten an diesem Tag 10 000 Hoesch-Kollegen, 8 000 beteiligten sich an den Protestmärschen. (Die bürgerliche Presse berichtete von 500 Demonstranten, deren überwiegender Teil Lehrlinge gewesen wären!

Die Stahlarbeiter protestierten gegen den unverschämtesten Abschluß der gesamten Metall-Tarifrunde. Am 30. 9. letzten Jahres waren die Tarife ausgelaufen. Nach dem neuen Abschluß werden nun für die Monate Oktober bis Januar 200,– DM einmalig, also 50,– DM pro Monat, und ab 1. Februar 6% auf weitere 10 Monate gezahlt. Rechnet man dies um, so kommt man auf 5,7% für 14 Monate. Das entspricht einer Lohnerhöhung von 5% (!), auf 12 Monate berechnet.

Profite der Stahlbosse im Aufschwung

Nachdem in der Krise 66/67 die großen Stahlmonopole sich zwecks Produktionsabsprachen und gemeinsamen Verkauf über ein Verkaufssyndikat und Ausschaltung der kleineren Konkurrenz in 4 Walzstahlkontoren zusammenschlossen, nahmen Produktion und Profitentwicklung einen stürmischen Aufschwung. Gegenüber dem tiefsten Stand 1966 stieg die Produktion der eisenschaffenden Industrie in drei Jahren bis 1969 um ca. 50%. Die Kapitalisten strichen durch Preisabsprachen bei der großen Nachfrage riesige Profite ein: Allein von 1969 auf 1970 wuchs z.B. das Anlagevermögen des Thyssen-Konzerns um 10% von ca. 3,0 Milliarden auf ca. 3,36 Milliarden DM und stieg der an die Aktionäre ausgeschüttete Gewinn um 30%!

Nach der Beherrschung des deutschen Marktes richtet sich die Politik der Stahlmonopole auf die Beherrschung des EWG-Raums. **Der Zusammenschluß zu supranationalen Konzernen unter deutscher Führung steht an.** Diese Konzerne sollen arbeitsteilig vorgehen und Produktion und Preise untereinander absprechen, um so die lästige Konkurrenz innerhalb des EWG-Raums auszuschalten und nach außen dem Weltmarkt gewachsen zu sein.

Inzwischen sind die ersten Zusammenschlüsse erfolgt: Nach der Vereinigung der Hüttenwerke von Röchling mit dem luxemburgischen ARBED-Konzern an der Saar wollen jetzt Hoesch und der niederländische Trust Hoogovens zum 2.größten Stahlkonzern Europas nach Thyssen fusionieren. Hoesch-Chef Harders: „Das ist ein wahrhaft europäischer Durchbruch."



Mit der Zentralisation im EWG-Raum geht die Zentralisation in Westdeutschland selbst einher. Aus den 4 Stahlkontoren bildeten die mächtigsten Stahlkonzerne 4 Rationalisierungsgruppen, in denen jeweils Konzerne zusammengefaßt sind, zwischen denen Kooperation besteht bzw. Absprachen über einen bevorstehenden Zusammenschluß geführt wurden. Mannesmann-Chef Egon Overbeck: „Mit diesen Gemeinschaften ist die Stahlindustrie ... auf dem Wege, sich in wenigen leistungsfähigen und ausgewogenen Einheiten zusammenzufinden." (Welt, 9. 6. 71) Es handelt sich dabei um die

– Nordgruppe, zu der die fusionierten Konzerne Salzgitter AG und Ilseder Hütte AG, Klöckner und die bayrische Maximilianshütte (Flick) gehören, die
– Westfalengruppe mit dem Hoesch-, Hoogovens- und dem Rheinstahl-Konzern, die
– Westgruppe mit dem Thyssen-Konzern, der mit Mannesmann kooperiert und dem Krupp-Konzern, und der
– Südgruppe mit den Saarhütten (Röchling und ARBED).

Während die alten Kontore, die nach Overbeck „die Rationalisierung beschleunigt, die Erträge stabilisiert, die Zusammenarbeit in einer bisher nicht gekannten Weise gefördert" hatten noch 31 Gesellschaften umfaßten, bestehen die gegenwärtigen Rationalisierungsgruppen aus nur noch 18.

Neben den Preisabsprachen im internationalen Maßstab soll die gesamte Rohstahlproduktion durchrationalisiert werden. So schreibt die Welt am 15. 1. zur Hoesch-Hoogovens-Fusion: „Kerngedanke der Fusion ist, die gemeinsame Rohstahlkapazität, bei der Hoesch bisher mit reichlich 7 Mio. Tonnen das Übergewicht hat, im Zuge weiteren Hüttenwerkausbaus mehr und mehr an die kostengünstigeren holländische Küste zu verlagern ... " Kleinere und standortungünstigere Betriebe sollen dann völlig stillgelegt werden.

Politik der Stahlbosse

Die augenblickliche kurzfristige Auftragsflaute mit einem Produktionsrückgang um 10% gegenüber dem Vorjahr kommt den Stahlbossen wie gerufen, um ihre umfangreichen Pläne in die Tat umzusetzen. Mehrere Fliegen werden mit einer Klappe geschlagen. Während einerseits dort, wo der Ausbau der Produktion geplant ist, auf Hochtouren gearbeitet wurde, z.B. bei der saarländer Burbach-Hütte, die 1966 die staatlich genehmigte Produktionskapazität von 1 Mio. Tonnen Thomasstahl um das doppelte auf 2 Mio. t überschritt, so daß selbst im saarländischen Landtag wegen der enormen Umweltverschmutzung durch Staub usw. von „frühkapitalistischer Manier" (FR, 27. 8. 71) die Rede war, wurden die randständigen Gebiete bewußt lahmgelegt: Im Hagener Raum z. B., in dem Produktionsstillegungen für Betriebe der Klöckner AG, der Südwestfalen AG und Mannesmann vorgesehen sind, ließen die Kapitalisten schon im frühen Herbst kurzarbeiten und verfügten Einstellungsstop und Entlassungen.

Die Angst um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze sollte so von Anfang an die Lohnforderungen der Kollegen in der anstehenden Tarifrunde drücken.

Durch die IGM-Führung wurden außerdem die Verhandlungen der Stahlarbeiter von denen der übrigen Metallarbeiter abgespalten. (Dies wird sich im nächsten Jahr noch verstärken, da die Stahl-Verhandlungen dann einen Monat früher beginnen werden, als die Metall-Verhandlungen. Durch das Vorziehen der Stahlverhandlungen soll dann noch ein ganz niederträchtiges Konzept der Metall-Kapitalisten durchgesetzt werden: Bis dahin werden nämlich die jetzt schnell fortschreitenden Umstrukturierungen in der Stahlproduktion zu erheblichen Massenentlassungen der Hüttenarbeiter führen, so daß schon jetzt mit sehr niedrigen Lohnabschlüssen (im nächsten Jahr) in der Stahlindustrie gerechnet werden muß, was für die Gewerkschaftsführer mit Sicherheit ein Grund sein wird, diese Ergebnisse als „Orientierungsdaten" für die gesamte Metallindustrie den Kollegen „schmackhaft" zu machen.)

Die Unternehmer erklärten im Oktober rundweg, 0% sei ihr „äußerstes Angebot" angesichts der „desolaten Beschäftigungs- und Ertragslage." Vorerst brachen Gewerkschaftsführung und Kapitalisten die Gespräche ergebnislos ab, um erst mal zu vertagen und den allgemeinen Metallabschluß unter Dach und Fach zu bringen. Diese Vertagung war insofern für Kapitalisten und IGM-Führung wichtig, um die Möglichkeit eines „unkontrollierbaren Übergreifens" der Nordbaden-Streiks auf die kampfbereiten Stahlarbeiter Nordrhein-Westfalens zu verhindern.

Erst im Januar, im „genügenden" Abstand vom Metallabschluß, traten die Verhandlungskommissionen wieder zusammen. Die Kapitalisten boten 6% ab 1. 1., die Gewerkschaftsführer lehnten ab, mit der Begründung, 6% auf 15 Monate sei zu wenig. Damit hatte die IGM-Führung es geschafft, von der 10%-Forderung runterzukommen. Es ging jetzt nur noch um eine Pauschale für die vorherigen tariflosen Monate.

Als es dann am Montag, dem 10. Januar, bei Hoesch Dortmund, der Thyssen-Hütte in Hamborn, bei Rheinstahl und Mannesmann, dem Schalker Verein und Krupp in Bochum zu Warnstreiks und Protestkundgebungen kam, forderte die GTK (Große Tarifkommission) vom Vorstand die Genehmigung zur Urabstimmung. Einen Tag später, am Dienstag sagte der IGM-Vorstand die Urabstimmung für die nächste Woche zu.

Tatsächlich sollte dies aber nur die zunehmende Unruhe unter den Arbeitern auffangen, denn gleichzeitig erklärte die IGM-Spitze sich deutlich zu „Verhandlungen bereit". Einen Tag später, am Mittwoch, traf man sich mit den Kapitalisten an geheim gehaltenem Ort, damit noch nichts durchsickere. Man einigte sich, das Ergebnis wurde allerdings erst Freitag früh bekannt gegeben. Die Kapitalisten kamen so gut dabei weg, daß sie nun auch noch die Frechheit hatten, offen ihre weiteren Pläne anzukündigen und mit zu hohen Löhnen zu begründen. „Der Lohnkompromiß", tönte ein

Forts. S.10



Spontane Protest-Streiks!

Mit spontanen Streiks verteidigten sich Frankfurter Metallarbeiter der 3 Betriebe Teves-Werke, Roth-KG und VDM (Vereinigte Deutsche Metallwerke) gegen erneute Angriffe der Kapitalisten auf ihren Lohn. Den Kapitalisten ging es darum, das ohnehin schon zu magere Tarifergebnis von 7,5 % durch Streichung außertariflicher Zulagen weiter zu kürzen.

Die knapp 300 Arbeiter der Bremsenabteilung von Teves-GmbH traten am Dienstag, dem 4. 1. 72 als erste in Streik und forderten die Beibehaltung einer Schichtzulage von 60 DM für die Frühschicht. Die Geschäftsleitung hatte zuvor durch Aushang am „schwarzen Brett" eine Streichung derselben angekündigt und dies mit einer angeblich „schlechten wirtschaftlichen Lage" begründet. Dies ist eine offensichtliche Lüge, denn an anderer Stelle brüsten sich die Teves-Bosse mit einer Steigerung des Bruttoumsatzes von 300 auf 800 Mio. DM in den Jahren 1967 – 71.

Einen Tag später, am 5. 1. 72, organisierten 200 Arbeiter des Karosseriebau-Betriebes Roth-KG einen spontanen Protest-Streik gegen den Versuch der Roth-Bosse, die außertarifliche Akkordzulage von 4 % auf das Tarifergebnis von 7,5 % anzurechnen, also in Abzug zu bringen. Den Kollegen wäre so nur eine lächerliche 3,5 %-„Erhöhung" ihrer Löhne geblieben. Die „Begründung" der Roth-Kapitalisten für diese Willkür-Maßnahme, war noch unverschämter als die der Teves-Kapitalisten: „Nachlässigkeit in der Arbeit und erschreckende Zunahme der Ausschußware"!

Die Anrechnung einer bisher gezahlten Zulage von 1,5 % auf das magere Tarifergebnis kündigten zum gleichen Zeitpunkt auch die Bosse der VDM für „ihre" Belegschaft an. Die Empörung der betroffenen Arbeiter über diesen neuerlichen Angriff auf ihren Lohn führte zu breiten Diskussionen im Betrieb, die teilweise Produktionsausfälle nach sich zogen. Als die Geschäftsleitung nicht zum Einlenken bereit war, legten am 10. 1. 72 morgens um 9,15 Uhr 300 Arbeiter das Walzwerk still und zogen mit Sprechchören „Sieben-Komma-fünf ... Sieben-Komma-fünf" vor das Werkstor (siehe Foto). Der Streik weitete sich schnell aus, so daß schon am Nachmittag ca. 1 000 Arbeiter die Arbeit verweigerten.

Angesichts des Streiks erklärten sich die Teves-Bosse sofort „verhandlungsbereit". So nahmen die Kollegen am Mittwoch-Mittag die Arbeit wieder auf. Auch die Geschäftsleitung der Roth-KG war schnell bereit, die angekündigte Streichung der 4 % igen Akkordzulage zurückzunehmen, so daß die Kollegen am Donnerstag wieder zur Arbeit gingen. Anders die VDM-Bosse. Sie erklärten kaltschnäuzig, daß sie sich von dem Streik „nicht beeindrucken" ließen und stellten wegen „Illegalität des Streiks" Strafantrag beim Gericht. Das Gericht setzte im Auftrag der Kapitalisten die streikenden Arbeiter unter Druck und machten sie für die Produktionsausfälle schadensersatzpflichtig: 15 angeblich besonders aktive Arbeiter erhielten eine sogen. „einstweilige Verfügung" in der ihnen der Streik verboten und eine „Entschädigungs-Forderung von 100 Mark pro Tag Arbeitsausfall" angedroht wurde. An der Höhe dieser „gerichtlich beglaubigten" Kapitalisten-Forderung für einen Arbeitstag, können die Kollegen einmal erkennen, was sie für den Kapitalisten tatsächlich wert sind. Da die IGM-Führung nicht bereit und wohl auch nicht in der Lage war, den Streik der VDM-Kollegen mit ihrer Streikkasse zu unterstützen, mußten die Arbeiter ihren Kampf ergebnislos abbrechen.

Die Haltung der Gewerkschaftsführung

Der 1. Bevollmächtigte der Frankfurter IGM-Ortsverwaltung, Hermann Günkel, meinte gar: „Von der rechtlichen Seite her ist das Vorgehen von VDM nicht zu beanstanden. Eine andere Frage ist, ob es moralisch zu vertreten ist."

Mit dem Hinweis auf die „rechtliche Seite" versucht Hermann Günkel zu erklären, daß er und seine Gewerkschaft „leider" gar nichts unternehmen können, daß ihnen sozusagen vom Gesetz her die Hände gebunden sind. Dies scheint auch soweit richtig zu sein: denn laut sogen. Schieds- und Schlichtungsordnung, sind spontane Streiks der Arbeiter während der „Friedenspflicht" verboten. Ebenfalls verboten ist es den Gewerkschaften, solche Streiks zu unterstützen, z. B. mit ihren Streikkassen. Andererseits sind die Kapitalisten keineswegs gezwungen, den „Arbeitsfrieden" zu wahren: So können sie willkürlich Zulagen und „Vergünstigungen" streichen, die Arbeitsgeschwindigkeit nach Gutdünken verschärfen, Kurzarbeit ansetzen, Entlassungen und Betriebsstillegungen vornehmen usw. usf. Alle diese massiven Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage der Arbeiter sind erlaubt. Nur eine Abwehr und Verteidigung dagegen ist den Arbeitern ausdrücklich verboten und kann empfindliche Strafen nach sich ziehen, wie das Beispiel VDM zeigt. Es ist klar, daß durch eine solche Schieds- und Schlichtungsordnung die Arbeiter und Angestellten der Kapitalisten-Willkür wehrlos ausgesetzt werden sollen.

IGM-Bevollmächtigter Hermann Günkel verschweigt allerdings gefließentlich, daß dieses Gesetzwerk nur entstehen konnte unter reger und völlig freiwilliger Mithilfe und Zustimmung durch die Gewerkschaftsführung. Heuchlerisch verschweigt dieser Mann, daß dieses arbeiterfeindliche Gesetz das Ergebnis einer gemeinsamen Aktion von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung gegen die Arbeiterinteressen ist. ■

Stahlarbeiter-STREIKS Forts. von S.9

Sprecher der Stahlbosse, „habe im Interesse des Arbeitsfriedens die Grenze des vertretbaren überschritten! **Weiterer Belegschaftsabbau** ist nunmehr unvermeidlich". (FR vom 15. 1. 72)

Die Kapitalisten wissen, daß sie sich insbesondere bei diesen Plänen auf die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Politiker verlassen können. Als auf dem „öffentlichen Hearing" vor dem Wirtschaftsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages am 27. Januar BDI-Präsident und Thyssen-Konzernchef Sohl die weiteren Pläne der Stahlbosse vortrug und vom weiteren Abbau der Arbeitsplätze (pro Arbeitsamtsbezirk 5 000!) und geplanten Stillegungen berichtete, lobte einen Tag später das Kapitalisten-Blatt „Die Welt" die „nahtlose Übereinstimmung der Argumente" der „beiden profiliertesten Kronzeugen der Krise", Sohls sowie des Stahlexperten im IGM-Vorstand, Willi Michels. Und Herbert Köhler, Hauptgeschäftsführer des Stahlproduzentenverbandes, sagte „es sei in dieser ganzen Misere denn doch **einer der glücklichsten Umstände**, daß es über die Notwendigkeit des in dieser Branche schon seit langem forciert betriebenen Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß noch nie Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmer- und Gewerkschaftslager gegeben habe." (Die Welt vom 28. 1. 72)

Wahrlich! Einer der **glücklichsten Umstände für die Kapitalisten,** ihre Rationalisierungsvorhaben auf Kosten der Stahlarbeiter durchzusetzen. Die ersten Stillegungen sind dabei nur Vorboten wesentlich umfangreicherer Maßnahmen.

Außer der Zustimmung zu Kurzarbeit und Stillegungen bringt das Gejammer über die „Stahlmisere" den Stahlbossen weitere Früchte. In der Ruhrkrise 66 haben die großen Stahlmonopole ihre unrentablen Kohlezechen abgestoßen und mit staatlicher Milliarden-Hilfe die Ruhrkohle AG gegründet. Durch Sonderverträge bezogen sie danach Kohle zu stark verbilligtem Preis, so daß heute die Ruhrkohle AG pleite ist und weitere zehntausende Arbeitsplätze gefährdet. Hier stehen auch umfangreiche Rationalisierungen und Stillegungen „unrentabler" Zechen bevor, um den Kohlepreis für die Stahlbosse weiter herunterzutreiben. Außerdem soll eventuell die staatliche Kohlepreis-Subvention aus Steuergeldern für die Stahlerzeuger von jährlich 100 Millionen auf 250 Mio. Mark gesteigert werden.

Wirtschaftsminister Schiller und die nordrhein-westfälische Landesregierung setzen alles daran, diese Politik auf dem Rücken der Arbeiter an Rhein und Ruhr umzusetzen. Auf die Mithilfe der sozialdemokratischen „Arbeitnehmervertreter" können sie sich dabei verlassen.



So kündigte z. B. der Betriebsrat des Klöckner-Hüttenwerks Hagen-Haspe an, „wenn es nach seinem Willen gehe, gebe es zum Stillegungsbeschluß der Geschäftsleitung keine öffentlichen Proteste der Belegschaft." (FR vom 26. 1. 72)

Die meisten Kollegen sind durch diese Politik inzwischen stark eingeschüchtert. Wenn nur die Hoesch-Arbeiter gegen den unverschämten Stahlabschluß derart entschieden protestiert haben, so hängt dies damit zusammen, daß es bisher bei Hoesch-Dortmund weder Entlassungen noch Kurzarbeit gab. Der SPD-Betriebsrat, der sich gegen den Streik stellte, drückte es so aus: „Wahrscheinlich sind die Hoesch-Arbeiter gegen den Tarif-Abschluß, weil bei uns noch nicht kurzgearbeitet wurde. Vielfach verkennen die Arbeiter deshalb den Ernst der Situation in der Stahlindustrie." (FR vom 15. 1. 72)

Von diesen „Arbeiterführern", die ihre Kollegen ins offene Messer der Kapitalisten treiben, müssen sich die Arbeiter lösen. ■

Lage im Bergbau

Zum ersten Mal seit dem Generalstreik 1926 sind am 9. 1. um Mitternacht alle 280 000 Bergleute in Großbritannien in einen unbefristeten Streik getreten.

Die bürgerliche Presse spricht von einem „Testfall für die Wirtschaftspolitik der britischen Regierung". Und das ist richtig, es ist ein Testfall für die englischen Kapitalisten, inwieweit es ihre Regierung schafft, die Löhne in diesem Jahr auf die innerhalb der EWG vereinbarte Lohnleitlinie von 6 – 8 % zu drücken.

Bei einer Inflationsrate von 7 % müssen die Kumpel einfach kämpfen, wollen sie keine Verschlechterung ihrer Lage hinnehmen. Joe Gormley, ein Mitglied des Streikkomitees, formuliert die Meinung der streikenden Kollegen: „Es muß erheblich satter in unseren Kassen klingeln, bevor wir wieder ein Gramm Kohle fördern."

Inzwischen haben sich Hafenarbeiter in Newport in Südwales mit den Streikenden solidarisiert. Sie weigern sich, ausländische Schiffe zu löschen, die Kohle aus Australien und den USA geladen hatten.

Die Eisenbahner haben zugesagt, keine Kohlenzüge mehr zu fahren.

Kapitalistische "Struktur"-krise

Die Hälfte der Zechen in England hat im vergangenen Jahrzehnt zugemacht, von über 600 sind noch 289 übriggeblieben. Die Belegschaft wurde um die Hälfte reduziert. Die Bezahlung der Arbeiter ist im Bergbau am schlechtesten.

In der BRD sieht es nicht viel anders aus:

Seit 1960 wurden allein 220 000 Kumpel auf die Straße gesetzt, wovon nur 30 000 einen neuen Arbeitsplatz in anderen Branchen fanden.

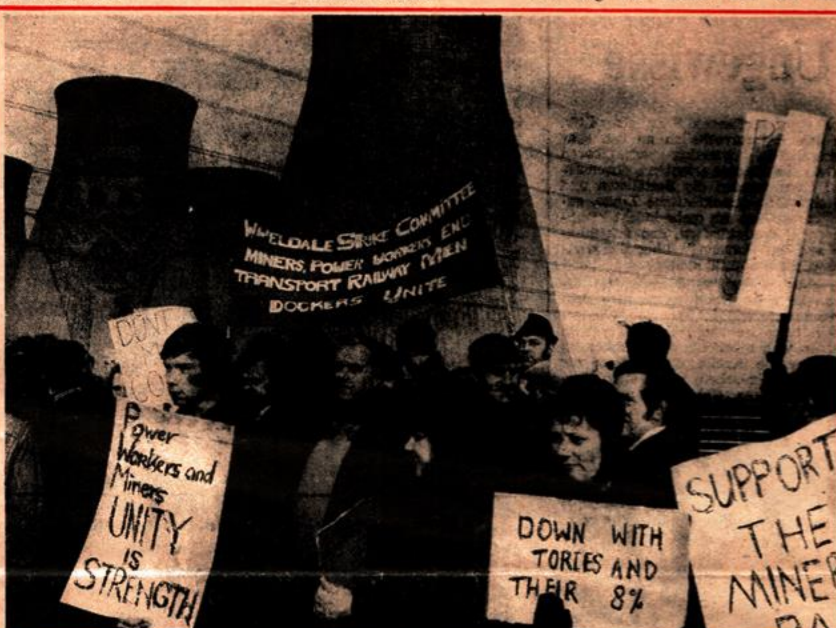
Aus einem Bericht über die Situation des westdeutschen Bergbaus 1968 geht hervor, daß bis 78 insgesamt 10 Gruben geschlossen und 30 000 Bergleute entlassen werden müssen.

„Der Bergbau steckt halt in einer Strukturkrise" – das ist die Erklärung der Volkswirtschaftler und Politiker. Und: „Die Kohle hat keine Zukunft mehr".

Da ist etwas richtiges dran. Die Kohle wird – vor allem als industrieller Brennstoff – immer weniger wichtig. Oel, Erdgas und Atomkraft gewinnen zunehmend an Bedeutung, weil ihre Gewinnung und Nutzung produktiver sind. Während der Anteil der Kohle am Weltenergiebedarf 1960 noch knapp 50 % und 1970 noch 35 % betrug, wird er nach einer Schätzung des Oel-Konzerns ESSO AG 1980 nur noch 29 % und 2000 nur noch 17 % ausmachen.

Muß diese Entwicklung aber für Tausende von Bergarbeitern und ihre Familien Arbeitslosigkeit und Elend bedeuten?

Lenin beschrieb 1913 in der „Prawda" die Erfindung des englischen Chemikers Ramsay, die die Möglichkeit bot, von der Steinkohlenenergie doppelt soviel nutzbar zu machen. Vor allem von den Folgen für die Arbeiter schrieb Lenin: „Unter dem Kapitalismus wird die „Freimachung" der Arbeit von Millionen ... Bergarbeitern unvermeidlich zu Massenarbeitslosigkeit, zu einem gewaltigen Anwachsen des Elends führen. Den Profit aber aus der großen Erfindung werden sich die Morgan, Rockefeller ... und ihr Gefolge an Advokaten, Direktoren, Professoren und anderen Lakaien des Kapitals in die Tasche stecken.



Englische Bergarbeiter streiken. Plakat links = „Kraftwerker und Bergleute, Einigkeit ist Stärke" Plakat rechts = „Nieder mit den Tories (die konservative Regierung) und ihren 8 %"

Im Sozialismus wird die Anwendung des Verfahrens von Ramsay, indem es die Arbeit von Millionen Bergarbeitern „frei macht", gestatten, den Arbeitstag für alle sofort von 8 Stunden auf beispielsweise 7 Stunden oder sogar noch weniger zu verkürzen ... wird Millionen von Arbeitern davon befreien, in Rauch, Staub und Schmutz arbeiten zu müssen ...

Die Technik des Kapitalismus wächst mit jedem Tag mehr und mehr über die gesellschaftlichen Bedingungen hinaus, die die Werktätigen zur Lohnsklaverei verdammen. (Prawda Nr. 91, 21.4.1913)

Die kapitalistischen Besitzverhältnisse sind der Grund dafür, daß der technische Fortschritt nicht „mehr Freizeit" und „angenehmeres Leben" bedeutet sondern Entlassung und Unsicherheit für Millionen.

Es ist im Kapitalismus einfach nicht möglich, die Kohlenförderung nach einem Plan, der sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, zu reduzieren. Jeder Kapitalist will sich natürlich einen möglichst großen Anteil am Markt ergattern, dazu zwingt ihn die Konkurrenz. Deshalb läßt er seine Arbeiter drauflos produzieren. Und wenn die Kapitalisten die Wirtschaft wieder einmal in eine Krise hineingeritten haben, versuchen sie natürlich, uns das ausbaden zu lassen.

Staatliche Subventionen = Lohnraub auf Umwegen

Nachdem das Geschäft mit der Kohle nicht mehr zufriedenstellende Profite einbrachte, durch Überproduktion die Kohle auf Halde lag und vor allem die amerikanischen Kapitalisten viel billigere Kohle anboten – „griff der Staat ein", d.h. die Wirtschaftsminister begannen im Auftrag der Kapitalisten Subventionen aus der Tasche der Steuerzahler (also unserer) zu zahlen. Für „Absatzhilfen", „Stillegungsprämien", „Investitionsbeiträge" und „Zinsbeihilfen" zahlten der Bund und das Land Nordrheinwestfalen von 1967 – 70 allein 1,9 Mrd. DM!

Gelder, die eigentlich im Gesundheits- oder Bildungswesen investiert werden müßten, werden den Kapitalisten zum Geschenk gemacht.

Z. B. bei der Gründung der Ruhrkohle AG. 1968 entschlossen sich die Ruhrbosse Thyssen, Klöckner, Krupp, Ernst Schneider vom DIHT (Deutscher Industrie und Handels Tag) und Abs von der Deutschen Bank ihre Zechen zu einer Einheitsgesellschaft zusammen zu schließen.

Von den Kapitalisten wurde die Tatsache, daß die neue Gesellschaft unter weitgehende staatliche Kontrolle gestellt wurde, sehr gelobt. Und dies nicht ohne Grund. Das hatte nämlich für die Unternehmer den Vorteil, daß sie damit ihre Schulden dem Staat und damit den Steuerzahlern aufhalsen konnten. Deshalb gliederten die Ruhrkapitalisten auch die gewinnbringenden Betriebe vorher aus, „verkauften" sie an Strohmänner oder übereigneten sie „unabhängigen" Tochterfirmen: Kraftwerke, chemische Betriebe, der riesige Grundbesitz und die zig-tausend Bergarbeiterwohnungen blieben im Privatbesitz der Unternehmer. Und die Gewinne daraus auch. Für die Übertragung ihrer unrentablen Zechen auf die Ruhrkohle AG aber kassierten Krupp, Thyssen und Co. 68 rund 2 Mrd. DM Steuergelder!

Die größte Unverschämtheit leistete sich das Söhnchen des Kriegsverbrechers Krupp von Bohlen und Halbach: Bei der Gründung der Ruhrkohle AG sicherte sich Arndt Krupp trotz massiver Proteste von seiten der Gewerkschaften, eine sogenannte Förderrente, die im Jahr gut 2 Mio. DM beträgt! Arndt Krupp in einem Interview mit der Illustrierten Stern: „Tausend Mark Klimpergeld am Tag – das brauche ich schon." Die „Welt der Arbeit" schrieb 69 zu den unverschämten Forderungen des Herrn Krupp: „Der junge Krupp lebt auf großem Fuß. Ein Taschengeld von 50 000 DM monatlich putzt der weg wie nichts. Wer soll das bezahlen? "

Profite auf den Knochen der Kumpel

Wer das bezahlen soll, ist klar. Die Kumpel auf der Zeche.

- Die Löhne der Kumpel im Ruhrgebiet liegen seit 66 um ca. 16 % unter dem Bundesdurchschnitt.
- der Anteil der Frühinvaliden und Jungrentner ist nirgendwo größer als im Kohlenpott

Und so soll es – zumindest nach dem Willen der Unternehmer – auch weitergehen:

- Sieben Feierschichten bis Ende März hat die Ruhrkohle AG für die 130 000 Bergleute angeordnet. Rund 100 DM werden den Kumpeln in der Lohntüte fehlen.
- Noch einmal 2 MRD. DM fordern die in der Ruhrkohle AG zusammengeschlossenen Kapitalisten zur Sanierung ihrer Profite aus Steuergeldern.

„Auch der Anpassungsplan, nach dem 25 400 der insgesamt 178 000 Bergleute ‚freigesetzt' werden sollen, muß deshalb, schneller als beabsichtigt, verwirklicht werden." schrieb die Morgenpost am 27.1.72 Das heißt auf deutsch: weitere Massenentlassungen stehen an.

Faschistische Verführung

Ende 67 führte das Godesberger Infas-Institut im Ruhrgebiet eine Befragung durch. Frage: „Angenommen, die wirtschaftlichen Verhältnisse würden sich in nächster Zeit nicht bessern und für die Arbeitsplatzsicherung würde nicht mehr getan, würden Sie dann evtl. die NPD wählen?"

Der Anteil derjenigen, die das mit Ja beantworteten, war im Ruhrgebiet wesentlich höher als in Nordrheinwestfalen, nämlich 12 % (!) im Gegensatz zu 7 %.

Das zeigt, daß die Faschisten gerade dort, wo die kapitalistische Ausbeutung besonders hart zu spüren ist, an Boden gewinnen können. Sie setzen mit ihrer Volksverführung an den wirklichen Mißständen an. Die Schuld an den Verhältnissen lasten sie dabei aber nicht den wirklichen Schuldigen – den Kapitalisten – an, sondern machen bestimmte Politiker, in diesem Fall die SPD-Regierung, für das Elend der arbeitenden Menschen verantwortlich und bieten sich als Alternative an, die mit allen „Mißständen und der Unordnung im Staat aufräumen und zum Wohle des Volkes alles grundlegend ändern will".

In Wirklichkeit lenken sie nur die Aufmerksamkeit des Volkes von seinen wirklichen Feinden – den Kapitalisten – ab, um es umso besser im Auftrag der Kapitalisten unterdrücken zu können.

Streik reicht nicht aus!

Die Frankf. Rundschau schrieb am 10.1. über den englischen Bergarbeiterstreik: „Der Streik der britischen Arbeitnehmer im Bergbau ist ein Arbeitskampf, der von der Arbeitgeberseite begrüßt wird. Er liefert den Beweis für die These, daß der Streik als schärfste Waffe der Arbeiterschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem unter gewissen Voraussetzungen nicht mehr wirkt.

Grund dafür ist die Krise im englischen Kohlenbergbau. Viele Zechen sind unrentabel und laborieren am Rande des Defizits. Für ein Land „mit annähernd 1 Million Arbeitslosen sind die Aussichten auf Zechenstillegungen düster. Das Heer der Arbeitslosen erhält Zuwachs, und die Schuld dafür kann von den Gewerkschaften nicht einmal verantwortungslosen Unternehmern ... gegeben werden". Hieran wird deutlich, welche Grenzen der nur wirtschaftlich geführte Kampf der Arbeiter hat; wie eine solche Situation von den Faschisten ausgenutzt werden kann, indem sie behaupten „Seht ihr, Streik nützt den Arbeitern überhaupt nicht, im Gegenteil, er schadet ihnen, denn sie werden arbeitslos".

Der wirtschaftliche Streik war aber auch noch nie, wie die Frankf. Rundschau schreibt die „schärfste Waffe der Arbeiterschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem." Solche Märchen versucht uns die Kapitalisten-Presse immer wieder zu verkaufen. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung lehren jedoch, daß der „nur gewerkschaftliche" Kampf nie zu einer grundsätzlichen Verbesserung der Lage der Werktätigen führen kann. Erst wenn die Arbeiterklasse die Kapitalisten-Herrschaft beseitigt hat, kann sie alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme in ihrem Interesse lösen.

Der erste Schritt zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist der Aufbau der selbständigen Arbeiterorganisation – der kommunistischen Partei.

Die revolutionären Arbeiter Großbritanniens (und Westdeutschlands) müssen diese schwierige Aufgabe noch lösen. ■

KUHNKE Eutin KUHNKE

Droht Stillegung der Kuhnke-Werke?

In ostholsteinischen Kapitalistenkreisen soll die Stillegung der Kuhnke-Werke in Preetz und Malente diskutiert worden sein — dies drang Ende letzten Jahres an die Öffentlichkeit. Da die Produktion in Ostholstein nicht mehr rentabel genug sei, müsse man die Produktion in die Schweiz verlegen, da die Belastungen für die Kapitalisten (Sozialabgaben, Steuern) dort wesentlich geringer seien. Die Experimente im Labor für die zukünftige Produktion wurden auch schon eingestellt. Und ca. 15 Kollegen aus den Preetzer Werken wurden bereits vor die Tür gesetzt.

Daß die Kapitalisten nicht davor zurückschrecken werden, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Arbeiter abzuwälzen, haben die Kollegen von Phrix und von Voigtländer und zuletzt die 1020 Arbeiter der Stoffdruckerei Göcke & Sohn AG in Hohenlimburg bitter erfahren müssen: Tausende verloren auf einen Schlag ihren Arbeitsplatz. Mehr Rücksicht ist von den Kuhnke-Kapitalisten auch nicht zu erwarten. Die vielgepriesene „soziale Sicherheit" ist im Kapitalismus nichts als eine hohle Phrase.

Ist darum auch mehr die Furcht der Kuhnke-Bosse zu sehen, daß unsere aktiven Interessenvertreter den Kampf der Belegschaft gegen die kapitalistische Willkür organisieren könnten. Nicht anders war es doch, als im Dezember der Jugendsprecher von Weyer gefeuert wurde. Und bei Blohm & Voss in Hamburg gehört es schon zur Tradition der Geschäftsleitung, daß den Jugendsprechern nach Abschluß ihrer Lehre eine Einstellung in den Betrieb verweigert wird.

Besonders jetzt zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen hat die Willkür der Kapitalisten gegen die aktivsten und fortschrittlichsten Arbeiter enorm zugenommen.

Jugendsprecher gefeuert!

Auch der Jugendsprecher Eckhardt F. wurde nach Abschluß seiner Lehre gefeuert. Begründung der Geschäftsleitung: „Kein Arbeitsgebiet frei"! Kurze Zeit später warb die Geschäftsleitung bereits wieder neue Lehrlinge an! Die ARBEITERSTIMME, Betriebszeitung des KB/Gruppe Eutin bei Kuhnke, schrieb dazu:

„Einerseits schmeißen die Kuhnke-Bosse unseren Jugendvertreter mit der fadenscheinigen Begründung: 'Kein Arbeitsgebiet frei!' aus dem Betrieb — andererseits werben sie dieser Tage durch Zeitungsinserate neue Lehrlinge für d e n s e l b e n Beruf an!

Unverhüllter geht es wirklich nicht. Das zeigt wieder einmal, was die sogenannten 'Begründungen', die sich die Kapitalisten für ihre Willkürakte ausdenken, wirklich wert sind. Sie haben allenfalls den zweifelhaften Wert bürgerlicher Heuchelei, Lügenhaftigkeit und Unmoral — alles Eigenschaften, die aus der Profitgier herrühren!"

Jugendsprecher und Vertrauensleute sind den Kapitalisten seit jeher ein Dorn im Auge. Hinter der scheinheiligen „Begründung" der Entlassung von Eckhardt F.

Der Druckarbeiter
Jahrgang 2 Nr. 1 Januar 72
Zeitung des Kommunistischen Bundes/Gruppe Hamburg
Broschek:
Betriebsrat auf Unternehmerseite
DRUCKTARIFRUNDE

Sie setzen alles daran, die besten Vertreter der Arbeiterinteressen einzuschüchtern und — wenn nötig — rauszuschmeißen. Sie wissen, daß sie damit die K a m p f k r a f t d e r g a n z e n B e l e g s c h a f t schwächen können. Deshalb muß eine wichtige Kampfforderung der Arbeiter und Angestellten sein:

KÜNDIGUNGSSCHUTZ FÜR ALLE GEWERKSCHAFTLICHEN VERTRAUENSLEUTE UND JUGENDSPRECHER!

Bremen

Bremer Arbeiter demonstrieren in Hamburg



Am 3. Februar demonstrierten Bremer Arbeiter und Angestellte des Philipps-Werkes Electrologica in Hamburg zum Philipps-Haus am Steindamm (siehe Foto). Sie protestierten gegen die drohende Stillegung des Osterholzer Werkes in Bremen und übergaben der Geschäftsleitung eine entsprechende Resolution. Zuvor waren die ca. 400 Kollegen mit Bussen aus Bremen nach Hamburg gekommen. Am 12. Januar demonstrierte die gesamte Belegschaft der Elektrologica bereits aus dem gleichen Grund in Bremen. Erst kurz zuvor erhielten sie Nachricht über die drohende Stillegung, obgleich diese schon im Herbst 1971 bei hohen SPD-Gewerkschaftsfunktionären und in Unternehmer-Kreisen bekannt war. Mit Rücksicht auf den zu der Zeit stattfindenden Bremer Wahlkampf hatte man dies jedoch dem Betriebsrat verschwiegen!

Mit der Stillegung des Philipps-Electrologica-Werkes tritt ein bestimmter Aspekt kapitalistischer Kommunal-Politik, wie er in Bremen vom SPD-Senat betrieben wird, grell zu Tage:

Der SPD-Senat lockte 1964 mit Steuervergünstigungen und niedrigen Grundstückspreisen das Philipps-Werk nach Bremen. 180 000 qm Bauland wurden so zum Preis von 5 DM pro qm an die Philipps-Kapitalisten verschleudert. Der in diesem Zusammenhang getroffenen Abmachung mit dem Bremer Senat, mindestens 900 Dauer-Arbeitsplätze zu schaffen, sind die Philipps-Kapitalisten keineswegs nachgekommen: bis heute gibt es erst insgesamt 465 Arbeitsplätze, die jetzt auch noch abgeschafft werden sollen. Die SPD-Politik des Bremer Senates entlarvte sich als nichts anderes, als direkte Unterstützung der Kapitalisten-Profite mit den Steuergeldern der Werktätigen.

Die Arbeitsplätze unserer Electrologica-Kollegen waren von Anfang an alles andere als sicher. Die erst 1970 aufgenommene Produktion von Tischrechnern, brachte den Kollegen Kurzarbeit von März bis Dezember 70, weil diese Tischrechner nicht konkurrenzfähig waren. Mit einer besseren neuen Konstruktion wurde die Kurzarbeit aufgehoben und verschärfte Arbeitshetze eingeführt. Der Beschluß der Philipps-Kapitalisten, die gesamte Tischrechner-Produktion nach Eiserfeld in Westfalen zu verlegen und dort zu zentralisieren, stand allerdings schon fest: Bis dahin aber sollten die Kollegen noch ordentlich ranklotzen, um die Profite der Kapitalisten zu erhöhen.

Die Tatsache, daß die Electrologica-Kollegen über die Pläne „ihrer" Kapitalisten derart lange in Unkenntnis gehalten wurden, obgleich hohe Gewerkschaftsfunktionäre darüber genau Bescheid wußten und mit ihrem Schweigen nur die arbeiterfeindliche SPD-Politik abdecken wollten, zeigt einmal mehr den Charakter der Politik der Gewerkschafts- und SPD-Führer:

Stets und gern bereit, alle Wünsche der Kapitalisten zu erfüllen, verschweigen sie dies den Arbeitern und Angestellten und täuschen und belügen sie von vorn bis hinten, um sich ihre Wahlstimmen zu sichern.

Lübeck

Entlassung und Kurzarbeit

Bereits im Juli 71 wurden auf der Lübecker METALLHÜTTE (gehört zum Flick-Konzern) 600 Kollegen entlassen. Betriebsrat Bachert stimmte diesen Entlassungen bedenkenlos zu, um — wie er sagte — „wenigstens die anderen Arbeitsplätze zu sichern" und die Konkurrenzfähigkeit des Betriebes nicht durch „Lohnkostendruck zu gefährden". Wie sicher die Arbeitsplätze der verbliebenen Kollegen wirklich wurden, zeigte sich bald:

Schon im Dezember wurden 900 Arbeiter auf Kurzarbeit gesetzt, für weitere 300 Kollegen steht dies drohend bevor. Betriebsrat Bachert hat auch diese Maßnahme der Kapitalisten mit seiner Unterschrift abgedeckt, was denn auch von den „Lübecker Nachrichten" (eine von Springer aufgekaufte und auf Kurs gebrachte Tageszeitung) lobend und erfreut erwähnt wird.

Der KB/ML-Lübeck, eine Sympathisanten-Organisation des KB, schreibt dazu in seiner Branchenzeitung „DER METALLARBEITER": Nach § 72 des 1971 noch gültigen BetrVG hätte Bachert durchaus seine Zustimmung zu den geplanten Entlassungen und der Kurzarbeit verweigern können. Dadurch hätte er diese Angriffe auf unsere Lebensverhältnisse wenigstens aufschieben können. Wie in anderen Städten hätte er damit den Vertrauensleuten die Möglichkeit gegeben, rechtzeitig Kampfmaßnahmen zu organisieren."



„Wir haben sie lediglich aus dem Betrieb rausrationalisiert die Straße ist Ihre Sache, Herr Innenminister!"

Entlassungen und Kurzarbeit auf der METALLHÜTTE haben einzig und allein die Aufgabe, den Profit des Konzernherrn und Milliardärs Flick zu sichern. Mit Sicherung der Arbeitsplätze hat dies nichts zu tun. Allein geeignete Abwehrmaßnahmen der Arbeiter hätten mehr Sicherheit gebracht, obgleich es im Kapitalismus niemals wirkliche Sicherheit der Arbeitsplätze geben wird.

Der „Konkurrenzdruck auf dem Weltmarkt" — ein derzeit von der Lübecker Lokalpresse beschworenes Argument, um die Kollegen zu beruhigen — ist nur Ausdruck der jetzigen internationalen Krise der kapitalistischen Länder. Um auch unter diesen Bedingungen ungeschmälerte Profite machen zu können, oder womöglich diese noch kräftig zu erhöhen, sollen nach dem Willen der Kapitalisten und ihrer Handlanger in den bürgerlichen Parteien, der bürgerlichen Presse, aber auch der Gewerkschaftsführungen jetzt die Arbeiter die Lasten dieser Krise tragen. Entlassungen und Kurzarbeit, Lohnraub und Preiserhöhungen, Verschärfung der Arbeitshetze, Abbau der sog. „Sozialleistungen" und vieles ähnliche mehr erscheinen jetzt den Kapitalisten als die geeigneten Maßnahmen, um mit heiler Haut aus der von ihnen allein verschuldeten Krise herauszukommen. Betriebsräte wie Bachert helfen ihnen dabei, betrügen und belügen die Arbeiter über die tatsächliche Entwicklung der Dinge und kassieren dafür Sonderhonorare und Extra-Posten.

BETRIEBSRÄTE-WAHLEN - 2 Beispiele -

Die Kapitalisten wollen, „daß vernünftige Leute in die Betriebsräte kommen" (SZ, 27.1.72), die „im Interesse der Betriebe ... nutzbringend mit dem Unternehmer oder der Unternehmensleitung zusammenarbeiten" (SZ) sollen. Mit dem Hinweis, daß „Maoisten, Leninisten, Spartacus-Leute und ähnliche Radikale" (SZ) „mehr Druck auf die Betriebe ausüben als bisher" (Welt), erteilen die Kapitalisten der SPD- und Gewerkschaftsführung Auftrag „ins Einzugsgebiet der radikalen Linken driftende Arbeiter an der Basis wieder an die Hand zu nehmen". (Welt, 24.1.72)

Geschäftsleitungen, SPD-Betriebsräte, Gewerkschafts-Sekretäre und SPD-Betriebsgruppen betreiben derzeit eine intensive Kommunisten-Hetze, die keineswegs nur die insgesamt noch wenigen Kommunisten treffen soll, sondern a l l e fortschrittlichen Kollegen.

Die SPD bestimmt die Betriebsräte-Wahlen als „Auftakt für den Bundestags-Wahlkampf 1973" (Schmidt). In der von ihr anvisierten „Zielgruppe Arbeiter und Angestellte" (Schmidt) versucht sie „Positionen auszubauen" für einen „Wahlsieg 73". Das „20-Millionen-Heer der Arbeiter und Angestellten" (Brandt) ist für die SPD nur als Stimmvieh von Interesse. Dieser parteipolitischen Konzeption soll die Betriebsräte-Wahl untergeordnet werden. So sieht das Konzept der SPD-Wahlstrategen aus:

- Ein SPD-Werbeblatt, als Betriebszeitung aufgemacht, wurde in 2-Millionen-Auflage vor Betrieben verteilt.
- Kanzler Brandt empfing 60 ausgewählte Betriebsrat-Vorsitzende aus den größten Betrieben Westdeutschlands und demonstriert „Herz für den kleinen Mann" (Spiegel)
- Mit sog. „Arbeitnehmer-Konferenzen der SPD" in Aalsdorf (bei Aachen), Karlsruhe und Heidelberg eröffnete Brandt eine Serie großangelegter Werbeveranstaltungen.

„In weiteren Wellen sollen Bundesminister Schmidt, Fraktions-Vorsitzender Wehner, Ministerpräsidenten und Landesminister, Staatssekretäre und Parlamentarier" (Welt, 24.1.) die gewerkschaftlichen Funktionäre und besonders die SPD-Mitglieder darunter fit machen für Auseinandersetzungen mit einer kritischer werdenden Arbeiterschaft.

Was hier stattfindet ist der Versuch einer Formierung des Sozialdemokratismus im Auftrag der Kapitalistenklasse, geplant als Bollwerk gegen fortschrittliche Tendenzen innerhalb der Arbeiterklasse. Wie diese spalterische Politik direkt in die Betriebe einwirken soll, zeigt ein Brief des Ludwighafener SPD-Vorsitzenden Janson an die Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe bei BASF (einer der 3 größten Chemie-Konzerne in der BRD). Dort heißt es u. a.:

„Wir betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, daß Vertrauensleute unserer Partei nur ... Gewerkschafter zur Kandidatur vorschlagen und wählen, die sich zur SPD bekennen ... Deshalb rufen wir die Vertrauensleute, die Mitglieder unserer Partei sind, auf ... nur für Sozialdemokraten zu stimmen und den Kommunisten keine Stimme zu geben".

Zwei Berichte aus Hamburger Chemiebetrieben, sollen zeigen, wie diese Politik aussieht. Ein Beispiel zeigt, wie diese Politik von einem fortschrittlichen Vertrauenskörper abgewehrt werden konnte.

Bericht der Betriebszelle REICHHOLD

Erfolg des VLK

Die Kandidaten-Liste für die anstehende BR-Wahl (Betriebsräte-Wahl) bei der Reichhold-Albert-Chemie-AG ist endgültig aufgestellt. Geschäftsleitung und auch der Verwaltungsstellen-Vorstand der Hamburger IG-Chemie versuchten vorher noch in einem letzten Kraftakt — allerdings vergebens — das Ruder herumzuwerfen und den Vertrauenskörper auszubooten. Damit sollte der Weg für eine Wiederwahl des alten abgewrackten Betriebsrates freigeschossen werden: Die Reichhold-Bosse versuchten es wieder einmal auf die harte Tour und feuerten (zum dritten Male seit den letzten Streiks) mit erlogener Begründung einen fortschrittlichen Vertrauensmann, den Harzkocher Peter F. Die erhoffte Verängstigung und das Zurückweichen des gesamten Vertrauenskörpers blieben allerdings aus. So versuchte es danach der Verwaltungsstellen-Vorstand im Auftrag der Reichhold-Bosse auf die hinterhältige Tour: Demagogische Vorwürfe des noch amtierenden Betriebsrates Weiland nahm er offenbar gern zum Vorwand, um die vom Vertrauenskörper schon aufgestellte Kandidaten-Liste für ungültig zu erklären — eine Möglichkeit, die der Hauptvorstand der IG-Chemie bundesweit eigens für diese BR-Wahlen den Vertrauensstellen eingeräumt hatte, um gegebenenfalls die Wahl fortschrittlicher Betriebsräte zu verhindern. Demnach sollte eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Kollegen eine „endgültige Kandidaten-Liste der IG-Chemie" aufstellen.

Wie nicht anders zu erwarten, brachte die Mitglieder-Versammlung einen haushohen Sieg des fortschrittlichen Vertrauenskörpers (VLK) und besonders der Vertrauensleute-Leitung (VLL): 1. Platz – Heinz Volkmann, Vorsitzender des VLK, 2. Platz – Oskar Bock, Mitglied der VLL, 3. Platz – Gerhard Voss, Mitglied der VLL usw. usf.: ein Vertrauensmann nach dem anderen: Die Arbeiter und Angestellten standen hinter ihrem Vertrauenskörper und bestätigten damit die Richtigkeit seiner bisherigen Politik.

Gewerkschafts-Sekretär Harry Herrling – bekannt für seinen guten Riecher – hatte sehr schnell die Stimmung der Kollegen f ü r ihren VLK gespürt und hielt es für ratsam, auf dieser Mitglieder-Versammlung nicht weiter g e g e n die Vertrauensleute vorzugehen. Taktisch geschickt, versuchte er im Verlauf der Diskussionen sogar, sich an die Spitze der Stimmung der Kollegen zu setzen. Dabei brachte er es sogar fertig, öffentliche Belobigungen für die ihm sonst so verhaßten Vertrauensleute auszusprechen.

Angesichts der eindeutigen Haltung der Reichhold-Kollegen taten die alten Betriebsräte, vornweg ihr Vorsitzender Teschner, das einzige, was ihnen übrigblieb: sie kündigten ihren „freiwilligen Rücktritt" an. So konnten sie einer peinlichen Schlappe entgehen. Dabei kam die ganze Versammlung gerade auf ihr Betreiben hin zustande. Für ihre „freiwillige" Rücktrittserklärung hätte ein Aushang am „Schwarzen Brett" genügt. So gut im Ergebnis diese Aufstellung der gewerkschaftlichen Einheitsliste ist, so schwierig war der Weg dorthin. Einen wahren Eiertanz führte der alte BR im Auftrag der Geschäftsleitung auf, um wiedergewählt zu werden:

- Zuerst kündigte er seine Kandidatur auf einer Gegenliste an. Dem lag die Hoffnung der Geschäftsleitung zugrunde, daß vor allem unorganisierte Kollegen und Angestellte diese Liste wählen würden. Die Geschäftsleitung spekulierte vor allem auf eine breite antigewerkschaftliche Stimmung unter den Kollegen, als Resonanz auf den letzten Tarifabschluß, der richtig von den Kollegen als Verrat der IG-Chemie-Führung erkannt wurde.
- Danach stellte der BR Antrag beim VLK, noch mit auf der Einheitsliste kandidieren zu dürfen. Die Geschäftsleitung erkannte nämlich später die Aussichtslosigkeit einer solchen Gegenliste (ein Erfolg der guten VLK-Arbeit) und wollte so zumindest einige ihrer alten Betriebsräte „herüberretten".
- Dann stellten sich die Betriebsräte einer Nachwahl durch den VLK. Als diese Wahl nicht nach ihrem Geschmack ausfiel (nur einige von ihnen kamen auf die Einheitsliste), schrien sie „Manipulation" und setzten bei der Verwaltungsstelle der IG-Chemie durch, daß die Kandidaten-Liste für ungültig erklärt wurde.
- Schließlich wollten sich die Betriebsräte auf einer Mitglieder-Versammlung wählen lassen. Dabei spekulierten sie auf die „Ahnungslosigkeit" der Mehrheit der Kollegen.
- Dort verkündeten sie dann „großzügig" ihren „freiwilligen Rücktritt", angesichts der eindeutigen Haltung der Kollegen.

Es scheint jetzt so, daß der alte Betriebsrat tatsächlich ausgelitten hat. Aber dieser Schein kann durchaus trügerisch sein. In seinem bisherigen Eiertanz hat er öffentlich seine Skrupellosigkeit gezeigt. Es muß damit gerechnet werden, daß die Geschäftsleitung noch nicht wirklich aufgegeben hat und sich trotz aller bisherigen Niederlagen noch einige Überraschungen einfallen lassen wird. Es ist möglich, daß jetzt der alte BR Auftrag erhält, zu seiner ursprünglichen Konzeption einer Gegenliste zurückzukehren und mit eifriger Schützenhilfe der Reichhold-Bosse unter den noch nicht organisierten Kollegen und vor allem unter den Angestellten auf Dummfang geht.

Bericht der Betriebszelle BEIERSDORF

2. Pferd im Stall

Mit der Wahl eines neuen Vertrauenskörpers und einer neuen Vertrauensleute-Leitung (VLL) bei BEIERSDORF im Herbst vorigen Jahres, war die Hoffnung vieler Kollegen und Vertrauensleute verknüpft, daß die VLL bei nächster Gelegenheit den alten Betriebsrat abschießen würde. Die „Aktivitäten" und Handlungen des alten rechten SPD-Betriebsrates unter Vorsitz von Max Ganschow, haben sich nämlich in den Augen aufmerksam beobachtender Kollegen gerade in der letzten Zeit als deutlich arbeiterfeindlich entpuppt. Die Hoffnungen in die VLL schienen anfangs auch berechtigt, da diese Kollegen nicht mit Kritik am alten Betriebsrat sparten. Umso größer waren Enttäuschung und Resignation vieler gewerkschaftlich interessierter Kollegen, als in Vorbereitung zur anstehenden Betriebsräte-Wahl klar wurde, daß sich alter Betriebsrat und neue VLL gegenseitig in die Hände arbeiteten: Die Sympathien, die sich BR-Vorsitzender Max Ganschow (Mitglied der SPD-Betriebsgruppe) bei den BEIERSDORF – Kollegen verscherzt hatte, sollte VLK-Vorsitzender Sinnen (ebenfalls Mitglied der SPD-Betriebsgruppe) wieder gewinnen. Getrennt marschieren, um vereint zu schlagen, d. h. den BEIERSDORF-Kollegen ein Schauspiel mit verteilten Rollen vorzuführen, um sich dafür ihre Wahlstimmen einzuhandeln — das ist das Konzept der SPD-Betriebsgruppe bei BEIERSDORF. Die von Kollege Sinnen öffentlich zur Schau getragene Kritik an diversen Machenschaften von Max Ganschow soll die im Betrieb ohnehin vorhandene Kritik und Ablehnung von Ganschows Politik kanalisieren, um sie so wieder auf die Mühlen der SPD-Betriebsgruppe zu leiten. Spätestens seit der letzten Vertrauensleute-Sitzung vom 12.1.72 ist vollkommen klar geworden, daß Sinnen nur das 2. Pferd im Stall der SPD-Betriebsgruppe ist, deren Politik nach wie vor von Max Ganschow festgelegt wird. Ein Sinnen im neuen Betriebsrat bedeutet nur eine Verlängerung der schon bekannten Politik im Interesse der Geschäftsleitung.

Seit den letzten Chemie-Streiks im Frühjahr 71 sind bei Beiersdorf (zweitgrößter Hamburger Chemie-Betrieb) die bekannten Mitglieder der rechten SPD-Linie im Betrieb bei vielen Kollegen in Mißkredit geraten: zu offensichtlich war das Bemühen dieser Leute, einen Vollstreik bei BEIERSDORF zu verhindern und statt dessen die spalterische „Punktstreik-Taktik" (sog. „Nadelstich-Taktik") der IG-Chemie-Führung durchzusetzen. Viele Kollegen erkannten bereits damals, daß Betriebsräte wie Ganschow und Harder aber ebenso Vertrauensleute wie Thorbek offenbar nicht gewillt sind, sich für die Interessen der Beiersdorf-Kollegen einzusetzen. „Dank" der intensiven Abwiegelei und Spaltertätigkeit der rechten SPD-Betriebsgruppe, die Betriebsrat und Vertrauenskörper fest in der Hand hatten, kam es nicht zur einheitlichen Streikfront der vier größten Hamburger Chemie-Betriebe. Die Kollegen der Norddeutschen Affinerie, von Reichhold und Colgate standen allein im Vollstreik, während die Beiersdorf-Kollegen mit Punktstreiks hingehalten wurden, an denen sich auch nur ein Teil der Belegschaft (maximal 1.300) beteiligten. Die Kapitalisten waren mit ihren SPD-Handlangern zufrieden: die Kampfkraft der Hamburger Chemiearbeiter konnte so nicht voll entfaltet werden. Betriebsratsvorsitzender Ganschow weiß eben, für wen er arbeitet: Schließlich kassiert er jährlich 93.000,– DM Dividenden!

Um so hoffnungsvoller war die Erwartung vieler Kollegen, als sich im Herbst letzten Jahres eine neue VLK-Leitung konstituierte und der Vertrauenskörper seitdem bis dahin nicht gekannte Aktivitäten entfaltete. Hatten doch die Kollegen der neuen VLL, allen voran ihr Vorsitzender, Kollege Sinnen, nicht mit Kritik am alten Betriebsrat gespart. Sinnen gab sogar sehr treffend die Meinung eines großen Teils der Beiersdorf-Kollegen wieder, als er feststellte: „Leute wie Ganschow müssen aus dem Betriebsrat weg, da sie aus ihrem Betriebsrats-Posten einen ‚Beruf' machen!" (Betriebsfürst Ganschow sitzt bereits seit 19 Jahren (!) fest in seinem bequemen Betriebsrats-Sessel). Übrigens war es auch Ganschow, der voriges Jahr, als das 7,8 %-Ergebnis der letzten Lohnrunde auf dem Tisch lag, als einzigstes Mitglied der Hamburger Tarif-Kommission gegen einen Protest-Rücktritt der Kommission stimmte. Die BEIERSDORF-Kollegen hatten von ihrer neugewählten VLL erwartet, daß die Kandidaten-Liste für die Betriebsrätewahlen im Betrieb diskutiert werden würde. Statt dessen aber wurde sie zwischen VLL und altem Betriebsrat unter Federführung des Gewerkschafts-Sekretärs Walter Holst ausgemauschelt. Auf ihrer Sitzung vom 12.1.72 herrschte unter einem großen Teil der Vertrauensleute helle Empörung, als diese Mauscheleien bekannt wurden und plötzlich klar war, daß hier unter der Regie der BEIERSDORF-Bosse eine widerliche Komödie von der SPD-Betriebsgruppe aufgeführt wurde: Während der Betriebsrat seine arbeiterfeindliche Politik im Auftrag der Geschäftsleitung ganz unverhüllt betreibt und die frischgebackene VLL alles eifrig kritisiert, hecken beide hinten herum einen gemeinsamen Plan zur Betriebsräte-Wahl aus. Es darf erwartet werden, daß bei der nächsten Vertrauensleute-Sitzung den Kollegen dann die Kandidatenliste zum Abhaken vorgelegt wird und auf dieser Liste dann die alten BR-Mitglieder und VLL-Mitglieder in trauter Eintracht auftreten. ■

IG Druck entdeckt neuen Gegner

Kommunisten-Hatz in Hamburg und München

Die Führung der IG Druck & Papier bläst zur Kommunisten-Hatz. Auf Flugblättern oder in „Mitteilungsblätter an die gewerkschaftlichen Funktionäre" haben die Vorstände der Ortsvereine Hamburg und München mit haltlosen Lügen und Unterstellungen, mit wilden Beschimpfungen und Diffamierung versucht, die Arbeiter gegen ihre kommunistischen Kollegen im „Kommunistischen Bund" (Hamburg und Flensburg) und in den „Arbeiter-Basis-Gruppen" (München) aufzuhetzen. Glaubt man den Schmierblättern dieser Ortsvereine, so würden die angegriffenen kommunistischen Arbeiter-Organisationen nichts anderes im Sinn haben, als „die Arbeitnehmer zu spalten" (Hamburg), „die gewählten (!) Gewerkschaftsfunktionäre zu diffamieren" (Hamburg), „die gewählten (!) Betriebsräte zu verunglimpfen" (Hamburg), „die Gewerkschaften und den DGB bei den Kollegen herab(zu)setzen" (München), „Betriebsräte, Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder und ihre gewerkschaftliche Organisation sowie deren politische Parteien (!!) ... in die Pfanne (zu) hauen" (München) usw. usf. Der Münchner Ortsverein, der von SPD- und DKP-Funktionären gemeinsam beherrscht und für deren Parteipolitik ausgenutzt wird, stellte sogar die irrsinnige Behauptung auf, daß die kommunistischen „Arbeiter-Basis-Gruppen" (München) von Kapitalisten, Faschisten und Rechtskräften bezahlt und finanziert werden würden.

Natürlich wissen die Schreiber solcher Schmierblätter ganz gut, daß ihnen niemand ihre Lügen abnimmt. Dennoch spekulieren sie darauf, daß einige Kollegen denken: „vielleicht ist ja doch irgendetwas daran."

Die Diffamierung kommunistischer Arbeiter kommt nicht von ungefähr mittten in der Lohnrunde und angesichts der bevorstehenden Betriebsräte-Wahlen. Die Gewerkschaftsführer wollen damit das Mitspracherecht und die Mitwirkungsmöglichkeiten fortschrittlicher Kollegen in der Gewerkschaft weiter einschränken. Sie wollen die Reste innergewerkschaftlicher Demokratie offensichtlich vollends beseitigen und die innergewerkschaftliche Opposition liquidieren, d. h. solche Kollegen ausschalten, die nicht zu allem Ja und Amen sagen, nur weil es vom Hauptvorstand oder Ortsverein kommt.

Der bisherige Verlauf der Tarifrunde

In völliger Mißachtung von Lohnforderungen aus vielen, zumeist den größten Druck-Betrieben, hat die Tarif-Kommission (TK) der IG Druck & Papier nur eine 10%-Forderung als „Verhandlungs-Basis" aufgestellt. Daß diese 10% keine wirkliche Real-Lohnerhöhung bringen können, ist angesichts der gewaltigen Preis-, Miet- und Gebührenerhöhungen sowie der sich ständig verschärfenden Arbeitshetze ohnehin klar.

Dazu kommt, daß diese Forderung von den IG-Druck-Führern nur als „Verhandlungsbasis" betrachtet wird, von der für gewöhnlich noch allerhand Abstriche erwartet werden dürfen. Viele Kollegen kennzeichneten daher in Protestresolutionen an die TK diese Forderung als völlig unzureichend, so u. a. der Vertrauenskörper von Merkur-München und die Mitglieder-Versammlung in Regensburg. Am 25. 1. 72 haben inzwischen die ersten Verhandlungen mit den Kapitalisten stattgefunden. Wie nicht anders zu erwarten war, haben diese ein provokatives 4,5%-„Angebot" unterbreitet: Die Druck-Industriellen haben aus der „Verhandlungs"-Taktik der Metallbosse gelernt und wissen, wie sie ein Ergebnis nach ihrem Geschmack, d. h. möglichst unter 7%, durchsetzen können. Der Kapitalisten-Knecht Dr. Kemper, Präsident des Bundesarbeitsgerichtes in Westberlin, wurde als „neutraler" Schlichter bestellt und half den Druck-Kapitalisten eifrig, indem er einen 6%-Vorschlag beiden „Tarifparteien" anbot. Angesichts der grollenden Stimmung in vielen Druck-Betrieben, hat die TK es vorgezogen, „zumindest zu d i e s e m Zeitpunkt nicht unter 7% abzuschließen." (Zitat der TK nach Kempers Schiedsspruch). Das heißt, daß die IG-Druck-Führer grundsätzlich schon unter 7% abschließen wollen, ihnen aber der jetzige Zeitpunkt noch ungelegen ist. Warum wohl?

Um den Kollegen ein Ergebnis unter 7% als „an den Realitäten orientiert" verkaufen zu können, müssen die Gewerkschaftsführer zuvor eifriges Bemühen „möglichst viel herauszuschlagen", den Kollegen vorspielen. Dazu dient ihnen der lange „Verhandlungsweg" mit „gescheiterten Versuchen", „abgelehnten Schiedssprüchen", „erneutem Bemühen" usw. usf. Sind dann – wie in der letzten Metallrunde – einige Monate ohne jede Lohnerhöhung vergangen, können die Gewerkschaftsführer schließlich irgendwann ein „schwer erkämpftes" Ergebnis den Kollegen präsentieren, das sogar noch besser aussieht, als es in Wirklichkeit ist: So betrug der letzte Metall-Abschluß z. B. 7,5%, was ohnehin schon eine Schweinerei war. Rechnet man aber diese Erhöhung, einschließlich der Pauschalabfindung für 3 Verhandlungsmonate auf die gesamte Laufzeit des neuen Tarifvertrages um, so bleibt noch nicht einmal 6% im Monat übrig. Die Gewerkschaftsführer hoffen dabei, daß die Kollegen nur auf die 7,5% sehen und denken: „Naja, besser als nichts."

Was die Gewerkschaftsführer allerdings überhaupt nicht mögen, ist die Entlarvung ihrer schmierigen Taktik. Kommunisten, die den Gewerkschaftsführern ständig im Genick sitzen und den Kollegen aufzeigen, welche T a t e n sich hinter dem Wortgerassel bestimmter Gewerkschaftsführer verbergen, scheuen diese Herren wie der Teufel das Weihwasser. Bis zum endgültigen Abschluß wollen die Gewerkschaftsführer jetzt die Zeit nützen, um die Kommunisten und andere fortschrittliche Kollegen, Vertrauensleute und die wenigen aufrichtigen Betriebsräte auszuschalten und kleinzumachen. Je besser ihnen dies gelingt, desto widerstandsloser können sie einen Lohnabschluß nach Geschmack der Kapitalisten in den Betrieben durchsetzen. Wir hören jetzt schon das Geplärre der Dörhöfers und Körners, wenn sie uns ihr „hartnäckig ausgehandeltes" Ergebnis unterjubeln mit Sprüchen wie: „Mehr lag eben nicht drin" und „schließlich ist das Ergebnis so schlecht nun auch wieder nicht, wenn man die wirtschaftliche Gesamtlage sieht usw.

Angriff auf den KB-Hamburg ...

Unter Federführung von Hans Dörhöfer wettert der Ortsverein Hamburg der IG-Druck & Papier in einem Mitteilungsblatt „an die Mitglieder der Delegierten-Versammlung" dagegen, daß im „Organisationsbereich unserer Industriegewerkschaft" „in der letzten Zeit ... wiederholt Publikationen wie DER DRUCKARBEITER oder ARBEITERKAMPF vor den Betrieben verteilt" bzw. verkauft werden, deren „Herausgeber ... der KOMMUNISTISCHE BUND' ", ein „Zusammenschluß früherer Gruppierungen, wie z. B. SALZ, BALZ und ähnlichen Grüppchen, z. T. auch aus anderen Orten unseres Bereiches (Flensburg, Lübeck)" ist. Politisch versucht uns Dörhöfer in die „Gegend der ‚KPD / ML', der Trotzkisten u. ä. „Ultralinker" zu rücken, obgleich er sehr gut weiß, daß wir mit solchen Spinnern politisch wenig gemein haben. Dörhöfer will den Delegierten dann Glauben machen, daß es unser Ziel sei:

Arbeiterstimme

Zeitung des Kommunistischen Bundes/Gruppe Eutin für die Belegschaft von Kuhnke

Jahrgang 2 — Nr 8 — Jan.72

WERDEN KUHNKE-WERKE STILLGELEGT ?

Betriebsstillegungen sind in der BRD auf der Tagesordnung

JUGENDSPRECHER GEFEUERT ! BERICHT S.4

„a) die Arbeitnehmer zu spalten, in dem sie die gewählten Gewerkschaftsfunktionäre diffamieren und so versuchen, einen Keil zwischen diese und die Gewerkschaftsmitglieder zu treiben.

b) die gewählten Betriebsräte zu verunglimpfen und

c) auf diese Weise bei den kommenden Betriebsratswahlen die eigenen Kadergruppen als Funktionsträger durchzubringen."

Schließlich fordert Dörhöfer noch „alle unsere verantwortlichen Funktionäre" zur „Abwehr dieser Zersetzungsarbeiten", zu „entsprechende(n) Gegenaktivitäten" und zu einer „an den Realitäten orientierten Gewerkschaftsarbeit" auf. – (Alle Zitate aus dem Rundschreiben vom 19. 1. 72 des Ortsverein Hamburg der IG-Druck & Papier an die Mitglieder der Delegierten-Versammlung).

...und die Antwort der Arbeiter

Die Arbeiter der Hamburger Druck-Betriebe und ihre fortschrittlichen Delegierten haben den Angriff des Ortsvereins auf den KB deutlich zurückgewiesen. Auf der Delegierten-Versammlung am 7. 2. 72 wurde der „Kommunisten-Vorwurf im Einladungsschreiben" gleich zu Anfang behandelt. Vorstands-Mitglied Dörhöfer war über die Stimmung dort offensichtlich verblüfft und geriet oft aus der Fassung. Mehrere Delegierte kennzeichneten den „Kommunisten-Vorwurf" richtig als „Versuch, alle fortschrittlichen Kollegen zu verketzern". „Wenn man jetzt diese Kommunisten-Hatz zuläßt", dann brauche Dörhöfer später nur „jeden oppositionellen oder mißliebigen Kollegen den Kommunisten zuzuordnen, um ihn nach Belieben auszuschalten."

Der Betriebsrat von MULTICOLOR verlas eine Resolution gegen den „Kommunisten-Vorwurf", in der es u. a. hieß:

„Ich bin der Meinung, daß es schwer fallen wird, einen Betriebsrat zu ‚verunglimpfen', der seine Arbeit wirklich im Interesse der Kollegen im Betrieb leistet.

Und ich bin weiterhin der Meinung, daß Betriebsräte, die keinen Kontakt zu den Kollegen haben und mit der Firmenleitung gemeinsame Sache machen, nichts im Betriebsrat zu suchen haben ...

Die Kollegen, die Kritik an der Gewerkschaftsführung üben, tun dies nicht um zu spalten, sondern um sie zu stärken. Man sollte also vorsichtig sein, wenn man Kollegen unserer Gewerkschaft als Spalter hinstellt. Natürlich gibt es auch gewisse Leute, die Kritik an der Gewerkschaft üben, um sie zu spalten, solche wie z. B. Franz Josef Strauß!"

Eine Stellungnahme der Drukker von Springer (Hamburg) wurde von einem Delegierten vorgetragen. In ihr wurde deutlich aufgezeigt, daß der Ortsverein versuche, „hier jede Kritik als Zersetzungsarbeit zu diffamieren" sowie „alle fortschrittlichen Kollegen zu verketzern". Der Delegierte von Springer erklärte deutlich, daß der „Vorstand eine indirekte Säuberung der Gewerkschaft anstrebt". Unter dem Beifall der Delegierten forderte der Springer-Delegierte, daß sich „die Gewerkschafts-Führung nicht zum Helfershelfer des Pressehauses Springer machen lassen sollte, das versuche, „starken Druck und Einfluß auszuüben, um die politische Einstellung besonders der Werktätigen weiter nach rechts zu rücken!"

Zum Thema ‚Betriebsräte-Wahlen' führte ein weiterer Delegierter aus, daß „es nicht ausschlaggebend ist, ob es Kommunisten oder andere sind, die in den Betriebsrat gewählt werden würden. Die Hauptsache ist doch, daß sie die Interessen der Kollegen vertreten!"

Hans Dörhöfer versuchte – allerdings vergeblich – seinen „Kommunisten-Angriff" auf der Delegierten-Versammlung zu verteidigen, indem er in Verdrehung historischer Tatsachen aufrief „es nicht so weit kommen zu lassen, wie zwischen 1930 und 33, wo die linken Extremisten alles kaputt gemacht haben!" Die Zeit zwischen 33 und 45, wo die Faschisten unter anderem auch die Gewerkschaften liquidierten und zigtausende von Gewerkschaftern in den Konzentrationslagern umbrachten, verschweigt dieser Mann ebenso peinlich, wie die Rolle der rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer des ADGB dabei:

Diese führten schon damals ihren Hauptstoß gegen linke Arbeiter und lenkten damit von der faschistischen Gefahr ab. Durch Massenausschlüsse aus den Gewerkschaften schwächten die rechten ADGB-Führer damals die Kampfkraft der Arbeiterklasse und erleichterten so die faschistische Machtergreifung.

Um sich nicht länger das Geschwätz von Dörhöfer anhören zu müssen, stellte der Delegierte einer kleinen Ahrensburger Drukkerei den Antrag „in Zukunft den DRUCKARBEITER und den ARBEITERKAMPF den monatlichen Rundschreiben des Ortsvereins beizuheften, um „sich selbst zu informieren und nicht den Ortsverein für uns denken zu lassen!" Dieser Antrag brachte Dörhöfer fast zum Platzen: „das könntest du dir so denken, wir werden doch diesen Sauhaufen nicht noch dadurch unterstützen, daß wir diese Zeitungen kaufen". – Das Demokratie-Verständnis liegt bei gewissen Gewerkschaftsführern offensichtlich anders, als bei den Arbeitern.